Nr. 13 / 1. Jahrgang
Verlagsort: Berlin

Freitag, 24. September 1937
י״ט תשרי תרצ״ח

Das Jüdische Volk

Abonnements- und Anzeigen-Verwaltung: Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Fernspr.: 17 58 51; Bankkonto: Kreditverein für Handel und Gewerbe, Berlin C 2, Oranienburger Str. 3, Postscheckkto.: Berlin 125 106, beides unter „L. Stock". Geschäftszeit: Werktägl. auß. Sonnabends 8½—5 Uhr. Verlag: Das Jüdische Volk, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 68, Schützenstraße 13, Fernsprecher 17 70 51; dortselbst auch die Redaktion, Sprechstunden Montag bis Mittwoch von 11 bis 1 Uhr.

Erscheint jeden Freitag als Organ der Staatszionistischen Organisation. Einzelpreis 20 Pf., durch die Post per Streifband 10 Pf. mehr. Postabonnementspreis: Inland 74 Pf. monatl. einschl. 4 Pf. Zeitungsgebühr zuzügl. 6 Pf. Bestellgeld, Ausland — soweit postalisch zugelassen: RM. 1.70 pro Vierteljahr zuzügl. Bestellgeld. — Streifbandbezugspreis für 3 Monate: Inland RM. 3,30, Ausland RM. 3.—. Anzeigenpreis: 15 Pf. die 12gesp. Millimeter-Zeile. Rabatte usw. laut Tarif. Anzeigenschluß: Donnerstag 10 Uhr

Letztes Telegramm

Judenfeindliche Ausschreitungen in Polen

Warschau, 21. September. In den letzten Tagen haben in verschiedenen Gegenden Polens, insbesondere in Bielsko und Warschau, judenfeindliche Ausschreitungen stattgefunden, die in Bielsko pogromartigen Charakter annahmen. Die Vorfälle in dieser Stadt erinnerten an diejenigen in Brest Litowsk.

Die Aufgabe des Zionismus ist: Das Volk Israel und sein Land zu erlösen, seinen Staat und seine Sprache wiederzubeleben und die Heiligtümer der Tora im Leben der Nation zu verwurzeln

Das Mandat bleibt in Kraft

Die Entscheidung des Völkerbundsrates / Endgültige Stellungnahme zum Teilungsplan vertagt

Genf. In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrates vom 16. September legte das vom Rat eingesetzte Palästina-Komitee eine Entschließung vor, die einstimmig und ohne Diskussion angenommen wurde. Der Rat vertagt danach seine Entscheidung und Stellungnahme zum Palästinaproblem auf unbestimmte Zeit, „bis er in der Lage ist, das Problem in seiner Gesamtheit zu behandeln". Er betont, daß bis zu diesem Zeitpunkt das bisherige Mandat über Palästina in Kraft bleibt und daß die englische Regierung eine Prüfung des Einwanderungsproblems vornimmt; er erklärt sich damit einverstanden, daß die Britische Regierung die entsprechenden Maßnahmen zur Einwanderungsfrage trifft. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick auf die Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreiches vom Juli 1937 über die Schlußfolgerungen der Kgl. Kommission für Palästina,

im Hinblick auf die vorläufige Meinungsäußerung der Mandatskommission an den Rat,

im Hinblick auf die von dem Vertreter des Vereinigten Königreiches in der Sitzung des Rates vom 14. September 1937 abgegebene Erklärung und der Aussprache über die Verfassung Palästinas, die in der gleichen Sitzung stattfand,

in Anbetracht der von der Regierung des Vereinigten Königreiches geäußerten Absicht, das Studium des Verfassungsproblems Palästinas fortzuführen und sich besonders auf die Lösung durch eine Teilung des Gebietes zu konzentrieren,

indem der Rat an die von dem Vertreter des Vereinigten Königreiches in dieser Hinsicht über die Einwanderungsfrage abgegebenen Zusicherungen erinnert,

ist der Rat damit einverstanden, daß die Regierung des Vereinigten Königreiches die besagte Prüfung vornimmt und die damit zusammenhängenden Maßnahmen trifft,

und indem er unterstreicht, daß das Mandat vom 14. Juli 1922 bis zu anderweitiger Entschließung in Kraft bleibt, vertagt er eine Betrachtung des Kernproblems, bis der Rat in der Lage ist, sich damit in seiner Gesamtheit zu befassen und behält sich seine Entscheidung und Stellungnahme in der Zwischenzeit völlig vor."

Das Auswanderer-Problem vor der politischen Kommission des Völkerbundes

Genf. In einer am Sonnabend Nachmittag abgehaltenen Sitzung beriet die VI. (politische) Kommission des Völkerbundes über das Auswandererproblem im Hinblick auf die für 1938 in Aussicht genommene Auflösung des Nansenamtes, des Oberkommissariates für Auswandererschutz. Der Präsident des Verwaltungsrates des Internationalen Nansenamtes, Richter Hansson, der zu dieser Sitzung eingeladen worden war, gab bekannt, daß demnächst auch der Oberkommissar für die Auswanderer aus Deutschland, Sir Neill Malcolm, vor der Kommission erscheinen werde. Zur Behandlung des Auswandererproblems wurde eine Unterkommission eingesetzt, der Vertreter von sechzehn Staaten angehören. Den Vorsitz in der Unterkommission führt der Schweizer Bundesrat Motta.

Der norwegische Außenminister Koht betonte, es sei die Pflicht des Völkerbundes, das Auswandererhilfswerk fortzusetzen, da aus den Berichten der beiden Aemter zu ersehen ist, daß das Flüchtlingsproblem nicht, wie man 1931 glaubte, bis zum nächsten Jahre gelöst sein wird. Die Arbeit für Flüchtlinge, gleichgültig welcher Herkunft, müsse vereinheitlicht werden. Der schwedische Außenminister Sandler wies ebenfalls darauf hin, daß durch Ereignisse, die vor zehn Jahren nicht vorhergesehen werden konnten, neue Probleme entstanden sind. Die Ansichten der schwedischen Regierung über die Liquidierung des Nansenamtes seien in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes dargelegt worden. Der Außenminister von Lettland, Munters, forderte eine klare Politik des Völkerbundes, durch die gezeigt wird, welche Verantwortung er zu übernehmen bereit ist. Es sei eine Reform des Nansenamtes auf neuer Grundlage notwendig.

Der Vertreter Englands, Lord Cranborne, schloß sich den Ausführungen des norwegischen Außenministers an. Es sei unmöglich, die Liquidierung des Nansen-Amtes zu behandeln, ohne andere Pläne für die Regelung des Problems zu betrachten. Man müsse entscheiden, ob die beiden Aemter grundsätzlich zur Fortführung ihrer Arbeit ermächtigt werden sollen. Aus den beiden Berichten geht hervor, daß diese Aemter noch viel unvollendete Arbeit vor sich haben. Die Fortsetzung der Arbeiten, von denen manche einen quasi konsulären Charakter tragen, sei notwendig, und es sei zu hoffen, daß in diesem Jahre eine Entscheidung in diesem Sinne getroffen werden wird. Die Völkerbundsversammlung müsse allgemeine Grundsätze für eine solche Organisation festlegen. Ansiedlung und Hilfsarbeit seien von den rechtlichen Seiten der Frage zu trennen. Wichtig sei die Wahrung des Grundsatzes, daß für die beiden ersten Zwecke keine Völkerbundsmittel verwendet werden. Dagegen würden die rechtlichen Angelegenheiten in das Gebiet der Völkerbundsarbeit fallen. Die Britische Regierung halte es für verfrüht, Vorschläge für eine neue Organisation jetzt zu unterbreiten, werde aber sicherlich zu geeigneter Zeit solche zu machen haben. Sie sei überzeugt, daß die Völkerbundsarbeit auf diesem Gebiet fortgesetzt werden soll.

Nach Reden der Delegierten Dänemarks, Ungarns und Neuseelands führte der französische Delegierte Grumbach aus, es müsse eine grundsätzliche Entscheidung auf der Völkerbundstagung von 1938 getroffen werden. Es gäbe noch hunderttausende Flüchtlinge, die geschützt werden müssen. Es sei zu bedauern, daß in dem Bericht des Nansen-Amtes festgestellt wurde, daß von den Regierungen wenig für die Ratifizierung der Konventionen getan und auch sonst wenig Hilfe geleistet worden sei. Er glaube, daß dieser Vorwurf Frankreich nicht treffe. Die Kommission solle sich sobald wie möglich mit den konkreten Problemen befassen: ob es eine oder mehrere Einrichtungen für Auswandererschutz geben solle und durch welche technischen Maßnahmen die Beziehungen zwischen den Aemtern für Auswandererschutz und dem Völkerbunde verstärkt werden könnte. Er glaube, sagte Grumbach, daß der Völkerbund sich nicht unmittelbar mit der Verwaltung der Auswanderer-Angelegenheiten befassen solle. Zum Schluß betonte er, daß der Auswandererschutz eine rein humanitäre Sache sei, die mit der politischen Seite des Problems nichts zu tun habe.

Nachdem noch eine Reihe weiterer Mitglieder der Kommission die Notwendigkeit betont hatten, daß sich der Völkerbund auch in Zukunft mit Auswanderer-Angelegenheiten befasse, trat die Unterkommission zusammen, um ihr Arbeitsprogramm festzulegen.

Teilungsplan von Juden angeregt

Es ist der jüdischen Oeffentlichkeit nichts Neues mehr, daß die Neue Zionistische Organisation in den vergangenen Monaten die Führer der alten Zionistischen Organisation immer wieder beschuldigt hat, die Jewish Agency zur Teilung verpflichtet zu haben. Die Vorgänge auf dem Züricher Kongreß haben nunmehr diese Anklagen voll und ganz bestätigt. Nichtsdestoweniger ist es interessant, auch über die höchst wichtige Frage, wer eigentlich der Urheber des Teilungsplanes war, Genaueres zu erfahren. In dieser Beziehung wurde von Ormsby-Gore selbst wertvolles Material erbracht. In seiner Rede vor der permanenten Mandats-Kommission am 31. Juli gab er die folgende Erklärung, die in dem Protokoll (Seite 20) im Wortlaut wiedergegeben wurde:

„Ich hoffe, daß es der Kommission absolut klar ist, daß dieser Teilungsvorschlag weder von der Palästina-Regierung, noch von mir oder der englischen Regierung stammt. Lord Peel wies in seiner Rede im House of Lords deutlich darauf hin, daß die Kgl. Kommission, ehe sie nach Palästina ging, Dokument auf Dokument untersuchte, und daß sie, während sie in Palästina war, nach einer Lösung des Problems streng im Rahmen des Mandats suchte; aus dem sogenannten Teil II des Berichtes geht wiederum klar hervor, daß die Kgl. Kommission sehr eingehend alle Besserungs- und anderen Maßnahmen prüfte, die innerhalb des existierenden Mandats getroffen werden konnten. Erst gegen das Ende ihres Aufenthaltes in Palästina wurden der Kommission Winke — ich kann es nicht anders bezeichnen — von Einzelpersonen gegeben, daß man es sich überlegen sollte — und diese Winke kamen sowohl von Juden wie von Arabern an die einzelnen Mitglieder der Kommission persönlich —, ob eine Lösung im Sinne von Teilung nicht der Prüfung wert sei, und je länger sie über eine solche Lösung nachdachten — so wurde es mir wenigstens von allen Mitgliedern der Kommission berichtet —, um so mehr nahm diese Lösung Form an, aber erst nach ihrer Rückkehr begannen sie die Frage auszuarbeiten und zu untersuchen. Ich möchte keinen Zweifel darüber belassen, daß zu keiner Zeit sie mich oder ich sie konsultierte. Das einzige, was ich meiner Erinnerung nach zu ihnen sagte, war bei ihrer Abfahrt nach Palästina. Auf dem Bahnhof sagte ich zu Lord Peel: „Ich bitte Sie nur um die reine Wahrheit. Was wir ergründen wollen, ist die Wahrheit."

Wladimir Jabotinsky:

Vorbedingungen für den Großzionismus

Nicht zufällig hat Dr. Schechtmann als Thema seines Buches „Transjordanien" erwählt. Im Rahmen jener Auffassung vom Zionismus, zu deren Initiatoren Dr. Schechtmann gehört, bildet das Problem Transjordanien in einem gewissen Maße einen Grundstein, Großzionismus, Hochzionismus stehen und fallen mit der Forderung: Beide Ufer des Jordan. Die kleinzionistischen Ideale lassen sich vielleicht auch ohne das Ostjordanland verwirklichen. Um eine Elite zu konzentrieren, die „besten Elemente", die „Auserwählten" der „Diaspora", um eine „Modell-Gemeinschaft" zu schaffen, wo sich das jüdische National-Genie „ausleben" können soll, wo die zerstreuten jüdischen Massen „Stolz und Trost" finden oder gar ein „geistiges Zentrum" und so weiter — für alle Sorten dieses Zionismus de lux wäre sogar Westpalästina zu viel: dafür genügt ein „Kanton"; es gibt eigentlich keinen Grund, warum für einen solchen Zweck mehr Boden zugeteilt werde als die Fläche, welche in den größeren Hauptstädten den zoologischen Gärten zugewiesen wird.

Ich spreche von allen begrabenen Konzeptionen des Zionismus so respektlos nicht nur deshalb, weil diese Konzeptionen schon begraben, mit Erde zugeschüttet und mit Steinen festgedrückt sind, sondern auch deshalb, weil sie schon früher, wo sie noch als lebend galten, einfach Lug und Trug waren (ich bin trotzdem bereit, anzunehmen, daß in einem Teil der Fälle Lug und Trug im Unterbewußtsein blieben). Im Grunde hat sich kein Jude jemals die Verwirklichung des Zionismus als etwas anderes vorgestellt, denn als die vollständige Lösung des materiellen und politischen Problems der Judennot — das heißt, nicht anders als die Repatriierung aller, die es brauchen oder später brauchen werden, ohne Unterschied, ob es die „Besten", die Auserwählten sind — oder nicht. Es geht also um den Exodus von mehreren Millionen.

Es gibt Skeptiker, welche zweifeln, ob es sogar beiderseits des Jordan so leicht sein wird, Platz für diese Millionen zu finden. Der Autor des Buches „Transjordanien im Bereiche des Palästinamandates" glaubt an diese Möglichkeit; der Autor dieser Zeilen — auch; und unser Volk wird das beweisen. Palästina bildet zusammen mit Transjordanien eine Fläche, wo — entsprechend der Bevölkerungsdichte von Sizilien — 12 Millionen Menschen eingeordnet werden können; bei der Bevölkerungsdichte von Belgien — 18 Millionen. Ohne Transjordanien, auf einem Drittel dieser Fläche, ist es unmöglich, den Großzionismus zu verwirklichen — das ist mathematisch klar. Und deshalb steht und fällt der Großzionismus — mit anderen Worten: der Zionismus überhaupt — mit der Forderung nach Transjordanien.

Diese Forderung stößt natürlich auf Schwierigkeiten; ich empfehle nicht, ihren Ernst zu überschätzen. Der denkende Leser hat von selbst schon lange erkannt, daß das ganze Gerede von den großen objektiven Hindernissen auf dem Wege des Zionismus — so groß, daß sie die mächtige Mandatarmacht fast nicht bewältigen kann — zu neun Zehnteln Mythologie ist. Besonders überzeugend waren in dieser Hinsicht die Unruhen von 1936. Abgesehen davon, daß man sie von oben geduldet hat, haben sich am „Aufstand" insgesamt kaum zwei bis dreitausend Araber beteiligt; und hätte man es von oben nicht geduldet, wäre auch diese Zahl nicht erreicht worden; und die arabischen Nachbarstaaten waren still wie die Mäuse; und die indischen Muselmänner haben nicht revoltiert; und überhaupt war kein Echo eines Donners zu hören, wie man uns vorausgesagt hatte. Die einzige Schwierigkeit des ganzen Palästina-Problems ist vor allem eine psychologische. Und die Mandatarmacht, und die Araber selbst und die ganze Welt ist überzeugt, daß die Umwandlung Palästinas in einen Judenstaat, falls es definitiv beschlossen werden sollte, ohne jedwede Erschütterung vor sich wird gehen können. Die wahren „Hindernisse" auf dem Weg zu einem solchen definitiven Beschluß tragen einen rein und ausschließlich ideologischen Charakter. Dieser Streit wird nicht auf dem Wege von „Macht gegen Macht", sondern durch „Ueberzeugung" entschieden werden.

Dabei vergesse ich natürlich nicht an die ernsten Hindernisse anderer Art — in der Bewässerung, im Kampfe gegen die Natur überhaupt, in der Heranziehung des Kapitals, in der Erhaltung des Chaluzim-Geistes bei den Volksmassen, in den sozialen Reibungen — kurz: in der ganzen Kompliziertheit des Problems einer Kolonisation im 20. Jahrhundert. Sofern es sich aber um politische Schwierigkeiten handelt, behaupte ich — gerade als Realist — daß sie zu 90 Prozent einen Kampf zwischen politischen Argumenten darstellen.

Gerade bezüglich Transjordaniens sind die Argumente gegen dessen Einbezug in das Gebiet der jüdischen Kolonisation — besonders schwach.

Sehr merkwürdig ist die stark verbreitete falsche Behauptung, daß die Juden dadurch, daß sie für sich Transjordanien in Anspruch nehmen, irgendeine doppelte, dreifache Frechheit begehen, und damit die Araber noch mehr „provozieren" wie mit der Forderung auf West-Palästina. Wenn man diese Sache näher betrachtet, erweist sie sich

UNSERE MEINUNG

Jüdische Personalpolitik

Die Zahl der jüdischen Organisationen in Deutschland ist außergewöhnlich groß, und wenn man zu sagen pflegt, daß das einzige, was vom Judentum in Deutschland einmal übrig bleiben wird, seine Organisationen sein werden, so ist dies zwar bitter, aber sicher zutreffend. Diese Organisationen verfügen über einen ausgedehnten Beamtenapparat. Die Zahl der in den jüdischen Stellen, von der Reichsvertretung angefangen bis zu den kulturellen Organisationen, tätigen Menschen ist seit 1933 rapide gestiegen. Dieser Angestelltenstab ergänzt sich auch fortlaufend. Aber auf welche Weise?

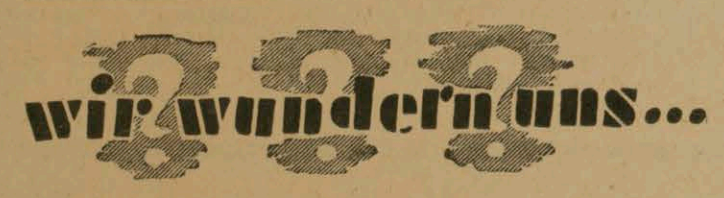
Auch der aufmerksamste Leser der jüdischen Zeitungen, der den Stellenmarkt studiert, wird nicht feststellen können, daß etwa für das Büro der Reichsvertretung oder des Kulturbundes usw. irgendeine Stelle ausgeschrieben wird. Die ausgeschriebenen Stellen, die man im Anzeigenteil der jüdischen Zeitungen findet, beschränken sich auf Rabbiner, Lehrer und sonstige Kultusbeamte. Die Versorgung der zentralen und örtlichen jüdischen Organisationen geschieht also in anderer Weise, und diese Art ist aus zweierlei Gründen zu beanstanden:

1. Es herrscht nur zu oft Vetternwirtschaft in Reinkultur. Wird eine Stelle in einer jüdischen Organisation frei, so ist vielfach zunächst maßgebend, ob der bisherige Stelleninhaber zur liberalen oder zur zionistischen Richtung gehört. Ist diese Frage geklärt, so nimmt sich die betr. Parteigruppe der Stelle an und besetzt sie mit einer mehr oder weniger geeigneten Persönlichkeit aus den Reihen der eigenen Partei. Handelt es sich um eine neu zu schaffende Stelle, wird häufig auf dieselbe Art verfahren. Es kommt für die Besetzung von Stellen nicht die Frage der fachlichen und sachlichen Eignung in erster Linie in Frage, sondern die persönlichen Beziehungen. Das Wort „Beziehungen" wurde ja immer in den Kreisen der Juden in Deutschland groß geschrieben. Wer die nötigen Beziehungen hatte, konnte etwas erreichen, wer sie nicht besaß, kam nicht vorwärts. Das ist heute noch viel schlimmer geworden. Ist die Unterrichtung der jüdischen Oeffentlichkeit über die Arbeit der jüdischen zentralen Organisationen schon an und für sich ungenügend und zu beanstanden, so muß die Frage der jüdischen Personalpolitik einmal gründlich diskutiert werden, und zwar noch aus folgendem Grunde:

2. Verwaltungskörperschaften brauchen einen verwaltungsmäßig vorgebildeten Beamtenstab. Es kann jemand ein sehr tüchtiger und geschickter Rechtsanwalt gewesen sein, ohne daß er deshalb ein geeigneter Verwaltungsbeamter ist, und der Leerlauf vieler jüdischer Stellen ist vor allem auch darauf zurückzuführen, daß es an einem bürotechnisch vorgebildetem Angestelltenstab fehlt. Denn auch die bürotechnische Seite der Verwaltung muß gelernt sein, und die jüdischen Organisationen vernachlässigen diese Frage schon seit Jahren. Man frage einmal nach, wieviel Prozent unter den jüdischen Gemeindebeamten und Beamten der zentralen jüdischen Stellen ausgebildete Verwaltungsbeamte sind, wieviele auch nur einen Verwaltungslehrgang durchgemacht haben! Jeder, den die Verhältnisse zwingen, mit dem Beamtenapparat der jüdischen zentralen Organisationen in Berührung zu kommen, weiß, wie wenig zweckmäßig in den Büros gearbeitet wird. Der gute Wille soll nicht bezweifelt werden, aber in vielen Fällen zeigt die büromäßige Behandlung einer Angelegenheit, daß die betr. Stelle die verwaltungstechnischen Dinge nicht beherrscht. Dabei gibt es jüdische Verwaltungsfachleute aus dem Kreis derjenigen, die früher in staatlichen und kommunalen Stellen tätig waren. Und wenn das zu wenig sind, dann bilde man Verwaltungsbeamte aus!

Die Fragen sollen hier nur kurz skizziert werden, es ergeben sich aber folgende Forderungen: Oeffentliche Ausschreibung aller Stellen, die in Gemeinde, zentralen und kulturellen Organisationen zu besetzen sind. Besetzung dieser Stellen mit Menschen, die die fachlichen und sachlichen Voraussetzungen für die Ausfüllung der Posten erfüllen!

Dr. jur. R—h.



Jugendliche Greise

Eine paradoxe Ueberschrift? Jugendlich zu sein und doch ein Greis? Ist diese Ueberschrift nicht ein Irrtum? Wir wünschten es wäre so, wir wünschten, daß wir uns geirrt hätten, und daß wir die Tanzlokale am Kurfürstendamm, aber auch anderswo nie erlebt hätten, in denen junge jüdische Menschen, sechzehn-, siebzehnjährige Jugendliche ihren Lebensinhalt zu finden glauben. Doch wir übertreiben nicht, wir sahen dort in diesen Tagen, die schicksalsschwer genug für unser Volk sind, nicht wenige jüdische Jugendliche geschniegelt und gebügelt, parfümiert und manikürt und mit all den modischen Zutaten versehen, mit denen eine geistlose Industrie wenig geistvollen Gehirnen imponieren kann.

Wir wollen scharf, offen und ohne Schonung sprechen: Wer gestattet dieser jüdischen Jugend solch würdeloses, unjugendliches, lebegreisenhaftes Tun? Wo sind die jüdischen Eltern dieser Jugendlichen? Will die jüdische Oeffentlichkeit einer nicht geringen Zahl jüdischer junger Herren und Damen — von Jungen und Mädel zu sprechen ist bei dieser mondänen Gesellschaft wohl nicht erlaubt — es gestatten, ihr gemeinschaftschädliches Treiben fortzusetzen? Hat die jüdische Jugendbewegung nicht durch ihre Menschen die Möglichkeit, durch einen — wenn nötig — gelinden Zwang, jene verirrten Jugendlichen zurückzuholen und dem Spuk am Kurfürstendamm ein schnelles und verdientes Ende zu bereiten?

Wir sprechen nicht von dem Schaden, der uns durch das Verhalten einer Anzahl jüdischer Jugendlicher durch die Außenwelt entstanden ist oder noch entstehen kann. Davon soll hier nicht die Rede sein. Wir sprechen von dem Schaden, der uns direkt trifft, von dem Ausfall an Menschengut, von dem Ausfall an jungen Menschen, die zu einem guten Teil ihrem Volk und der Arbeit für ihr Volk nicht verloren zu gehen brauchen, wie sie verloren gehen müssen, wenn sie ihr Herz und Hirn weiterhin dem Kurfürstendamm verschreiben. Sicherlich hat ein guter Teil jener jungen Menschen teils aus Unvertrautheit mit den Aufgaben jüdischer Gemeinschaft, teils aus Resignation über eine ihnen aussichts- und hoffnungslos erscheinende Situation den regelmäßigen Weg zum Tanzlokal als Ersatz echter gesellschaftlicher Aufgaben genommen.

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist an Menschen schwach genug, sie kann es sich nicht leisten, auch nur einen Menschen unnötig zu verlieren. Doch außerhalb der Gemeinschaft steht, wer sich in Notzeiten gegen die ungeschriebenen Gesetze der Gemeinschaft vergeht. Diese jungen Menschen stehen außerhalb der Gemeinschaft, weil sie nicht nur am Leben der Gemeinschaft kaum Anteil nehmen und durch ihr Verhalten diese gefährden, vor allem aber weil sie durch ihr selbstmörderisches Tun offen manifestieren, daß ihre Person für die Gemeinschaft gegenwärtig keinen Wert besitzt.

Und doch: man kann und darf auch diese Jugend nicht verloren geben. An uns ist es, alles daran zu setzen, daß auch sie unserem Volk wiedergewonnen wird. Wir wollen nicht sparsam und kleinlich in den Mitteln, aber auch nicht schwächlich und feige sein, wenn es gilt, den Kampf gegen die Unkultur einer Tanzbodengesinnung aufzunehmen. Allein mit negativen Maßnahmen, mit Verboten, Drohungen, Protesten, Boykottmaßnahmen u. ä. werden wir freilich nicht auskommen. Eine Jugend, die nie rechte Jugendlichkeit erlebt, nie Beziehung zu einer echten Gemeinschaft gehabt hat, die vom Judentum nur sehr vage, unklare und meist negative Vorstellungen hat, gilt es eindringlichst zu überzeugen, daß die Menschen unseres Volkes am Werk sind, eine Gemeinschaft zu bauen, in der eine stolze und frohe Jugend lebt, die ihrem Volke verbunden ein Leben führt, das vom Leben der Kurfürstendammlokale so weit entfernt ist, wie die leuchtenden Sterne über ihren nächtlichen Lagern in Erez von den Leuchtreklamen jener Lokale. Daß nur dies Leben sinnvoll und lebenswert ist, das vorzuleben und miterleben zu lassen, ist die Aufgabe jeder nationalen jüdischen Jugendbewegung, die nicht nur in Exklusivität verharrt, die vielmehr um die Herzen der ganzen jüdischen Jugend ringen will.

Ln.

Der Weg des politischen Zionismus

Der letzte Artikel von Jakob de Haas vor seinem Tode

Hiermit stelle ich eine Tatsache fest, die vielleicht einmal anerkannt, für große Ziele verwandt und für uns von wirklichem Nutzen sein kann: während uns die Antisemiten verachten, messen uns weise Regierungen eine gewisse Wichtigkeit bei. Die Welt kümmert sich nicht im geringsten um all die Unterschiede, die unter uns herrschen, obgleich sie uns manchmal gegeneinander ausspielt. Man denkt nur an die Juden. Ich will mir nicht anmaßen, die wirklichen Juden unter den Juden herauszustellen, noch will ich die uns zugeschriebene Wichtigkeit näher erläutern. Aber ich behaupte, daß die Balfour-Erklärung, wie das Dokument deutlich zeigt, eine ausdrückliche Anerkennung der Juden als eine Ganzheit darstellt, und daß diese Anerkennung praktisch in der Lösung des politischen Problems in Palästina zum Ausdruck gekommen ist.

Alle europäischen Staatsmänner trugen während des Krieges ein scheinheiliges Gesicht zur Schau; nur wir waren etwas naiv. Der von der Sowjet-Union veröffentlichte Telegramm-Wechsel, der das wahre Gesicht der Kriegspolitik enthüllt, bringt deutlich zum Ausdruck, daß wir Juden, die wir über unsere angebliche Schwäche stets jammern, während des Weltkrieges einen Machtfaktor darstellten. Hätten wir das gewußt und es verstanden, so hätten wir dies wohl ausnutzen können.

Jeder muß zugeben, daß man nach dem Friedensschluß, in den Jahren 1919—1930, zionistische Gedanken und Ziele wenig förderte. Die Aufeinanderfolge der Ereignisse, die mit dem Churchill White Paper begann, mit der Ausarbeitung des Textes für das Mandat ihre Fortsetzung fand und schließlich durch die Herausgabe des Paßfield White Paper nach den Unruhen vom Jahre 1929 beendet wurde, waren alles politische Schmälerungen der durch die Balfour-Erklärung im Jahre 1917 gewonnenen festen Position. Die eigentliche Idee wurde verwischt, ihre Ausführung geriet ins Stocken, ja erschien zweifelhaft.

Die Unruhen im Jahre 1929 bewegten uns tief, aber wir erschöpften unsere Gefühle in Geldsammlungen. Das Paßfield White Paper und andere Dokumente trafen einen ganz anderen jüdischen Nerv. Ein Wort, das zu dieser Zeit Gemeingut wurde, lautete „Kristallisation". Einfach denkende Juden faßten es als „Sterilisation des Zionismus" auf, und das bedeutete das Ende der Juden. Unsere Lebenskraft, unsere rassischen Bedürfnisse, die Tradition von zweitausend Jahren — das ging jeden an. Wir fühlten uns im Hause unserer Freunde verraten. Ich ziehe kein einziges Wort aus dem Buch „Der große Verrat" zurück, aber ich würde das Buch heute nicht mehr schreiben. Seit 1930 habe ich mich viel mit den Irrwegen der Weltpolitik befaßt — nicht nur mit denen, die die Juden betrifft — und ich habe gelernt, daß das Einzige, an das wir glauben, das „geschriebene Wort" ist. Ich meine es nicht zynisch, wenn ich sage, daß mir das Auffallendste in der Geschichte der Menschheit erscheint, daß alle Erklärungen, Verträge, Versprechen und Deutungen von Kontrakten nichts anderes sind als das, was starke und energische Männer in sie hineinlegen. Die ganze Geschichte der Nachkriegs-Diplomatie ist eine Bestätigung für den Zweifel an dem ständigen Wert eines jeden Dokuments.

Auch wir Juden sind den Folgen des nur vorübergehenden Wertes der uns gemachten Zusagen nicht entgangen. Wir sind ja schließlich Neulinge. Selbst die Skeptischesten unter uns waren so fest von der Idee überzeugt, daß das im Gesetz Geschriebene feststehend, unwandelbar und unabänderlich ist, daß die Zionisten über die Entstellung der Balfour-Deklaration erschüttert und die Nicht-Nationalisten über die völlige Nichteinhaltung der Verfassung und den Mißbrauch der Vertragsklauseln bestürzt sind. Aber gehen wir zur Wirklichkeit über. Nehmen wir ein einziges Beispiel. Im Jahre 1921 dachte noch kein Mensch an die widernatürliche Abtrennung Transjordaniens von West-Palästina und an einen Umsturz in der ganzen wirtschaftlichen Struktur des Landes. Dies war nur ein Zug in dem ewigen Schachspiel. Er kann zurückgenommen werden und wird zurückgenommen werden, sobald wir erst den richtigen Zug erkannt haben und „Schach" rufen. Die sogenannten „Verhandlungen" sind nicht nur vom zionistischen Standpunkt aus stets mißlungen, sondern auch in bezug auf alle Geschehnisse, die das Judentumtum seit Februar 1933 betroffen haben. Warum? Weil das, was wir „Verhandlungen" nennen, nichts weiter als Argumente sind, die Juden Männern, die ihnen rhetorisch gewachsen sind, entgegengehalten haben, Männern, die ihrerseits darauf gelauert haben, dem Debattierenden ein Bein zu stellen. In Wirklichkeit bedeutet Verhandlung Handel, d. h. Austausch. Wir müssen also den Faktor, den wir austauschen können, entdecken, und dann wird selbst ein Anfänger in den hohen Regierungskreisen etwas erreichen können.

Wir brauchen Taten, und unsere schwierigste Aufgabe ist die Entdeckung des Weges, der zur Tat führt. Wenn wir inmitten dieser großen Krisis, die die Juden der ganzen Welt betrifft, uns selbst helfen wollen, so müssen wir den jüdischen Wert wieder herstellen, unsere Kraft genau messen und dies zum Austausch bieten für das, was wir fordern. In den Kanzleien der Welt wird nicht das Evangelium der Rechtsschaffenheit gepredigt — das überläßt man Rednerpulten; man schließt Bündnisse und Verträge zum Schutz der Sicherheit, zur Vergrößerung des Reiches und zur Befestigung der Grenzen. Es ist ein kaltes, rein praktisches Geschäft, an das wir nicht gewöhnt sind. Aber wir müssen dieses Geschäft der Staatsführung erlernen und es zum Schutz für uns selbst anwenden, um das zu erhalten, was wir nicht haben: — einen Fleck Erde, den wir betreten können, um darauf zu leben, „und zwar als ein Recht und nicht als eine Gnade".

In einer sehr dunklen Stunde der jüdischen Geschichte erlegten die Rabbiner dem Judentum drei Gesetze auf. Zu dieser noch dunkleren Stunde wage ich es, das einzige, folgende Gebot aufzustellen: diejenigen, die die Bereitschaft und Hingabe haben, Israel zu retten, und die unsere Auffassung über die Lösung des Problems teilen, sollen sich sammeln, sollen die machtvolle Kraft Israels voll und ganz ausnutzen und unaufhörlich nach Zion streben.

Betarim zur See / Von J. DILJON

Die Leistungen des Betar auf dem Gebiet der Eroberung des jüdischen Meeres haben heute bei Freund und Gegner allgemeine Anerkennung gefunden. Außer denen jedoch, die der Sache nahe stehen, wissen nur ganz wenige von dem Leben jener Gruppe, die sich vor drei Jahren von allen Ecken der Welt unter dem blauen Himmel Italiens zusammengefunden hat.

Vor 1½ Jahren habe ich „Sara I" verlassen und z. Zt. befinde ich mich wieder im Schatten ihrer Segel. Manches hat sich indessen auf dem Schiff geändert: An Stelle des Hauptkranes auf dem Deck des Schiffes, der Eisen und Holz einzuladen pflegte, haben wir heute einen Aufbau mit Fenstern und einen Zugang für die Schüler zu ihren Schlafkabinen. Ferner im Kiel ein Miniaturspital unter der Aufsicht des Schiffsarztes Dr. A. Hebbenstreit aus Lemberg. Die Krone aller Veränderungen stellt das Bet-Midrasch mit Altar und zwei Torarollen dar: Ein Geschenk der jüdischen Gemeinden von Rom und Livorno. Hier haben für die Gesundheit des Schiffes und seine Matrosen Herr Kirschner, während seines letzten Besuches, und seine Frau Sara Kirschner gebetet. Auf dem Schiff haben auch einige Male die betarischen Einwohner gewechselt. Von den ersten zwei Lehrgängen sind nur gewählte Jungen zurückgeblieben. Sie führen alle verantwortlichen Arbeiten durch. Ihre Arbeit findet durch die Hilfe des jetzigen Lehrganges Erleichterung — von denen eine Anzahl auf eine seemännische Vergangenheit auf den Schiffen „Theodor Herzl" und „Dar Pomodzia" zurückblickt.

Der bewegliche Geist und die Seele des Schiffes ist Jirmijahu Halpern, der im Laufe von Jahren den Gedanken der Eroberung des Meeres leidenschaftlich verfochten hat, und zwar schon lange bevor dieser Traum Wirklichkeit wurde. Dank seiner Energie ist die Marineschule in Civitavecchia gegründet worden. Er hat den Kauf des ersten jüdischen Schulschiffes durchgeführt, er ist der Initiator und Verwirklicher des großen Navigationsplanes — trotz der tausend Steine, die auf dem Wege lagen —. Die allgemeinen Striche dieses Planes sind bekannt. An erster und hauptsächlichster Stelle stehen in ihm die palästinensischen Häfen, besonders der jüdische Hafen Tel Aviv. Aber die Führer der Seearbeit begnügen sich nicht mit dem „engen" Rahmen des Mittelländischen Meeres: Am Horizont sind sehr weite Küstenstriche angezeichnet.

„Sara I" wird sich bei ihrer dritten Fahrt an der Küste Erez Israels zeigen. Nach einer reichen und stürmischen Vergangenheit als die englische „For Winds" (eine Reihe von Weltreisen um die ganze Erde, und als italienische Quadroventi, Sevilla, Algier und italienische Küsten als Schiff des Betar), trägt sie jetzt die französische Fahne. Dennoch zweifelt niemand, daß der Tag kommen wird, an dem wir auf ihr die Fahne Zions aufziehen werden.

Auf Grund der neuen Staatsbürgerschaft des Schiffes sind personelle Veränderungen vor sich gegangen: Der Kapitän Anton Bianki, ein älterer Korsikaner, der eine Familientradition zur See von einigen hundert Jahren fortsetzt. Im Laufe von 37 Jahren hat er sämtliche Meere kreuz und quer durchfahren. Am Ende seiner Karriere hat ihn das Schicksal für etwas Neues auserkoren: Ein jüdisches Schiff, das sich auf einem modernen „Kreuzzug" befindet. Erst wenige Tage sind es, seit er hierher gekommen, und schon hat er den „idealistischen" Charakter des Schiffes erfaßt.

Der „Schiffsjournalist" — eine nicht gewöhnliche Erscheinung, auch so etwas fehlt hier nicht —, ein fähiger russischer Poet, ein „Sohn" von Tiatschef, und „Bruder" von Alexander Bloch (nach dem Urteil eines seiner Kritiker), ein Dichter, der sein Liederbuch mit folgenden Worten beginnt: „Ich David Ari ben Meier …" und es mit einem „jüdischen Begräbnis" beenden läßt, einer von denen, der nach seiner „Ausfuhr" Anerkennung gefunden hat, und vielleicht von den finnischen Felsen bis Bessarabien der einzige zu beiden Seiten der Grenze ist, der eine „jüdische Stimme in russischer Sprache" hat hören lassen, und der als „Jude in russischer Richtung" und „moderner Prophet" bezeichnet wurde — das ist das Porträt von David Knut. Seine Frau, die ihn bis zur Abfahrt begleitet hat, ist eine Russin seit ewig schon und Tochter eines der größten Verleger unseres David — eine der interessantesten Erscheinungen, die ihre Herkunft auf die Megillat-Rut zurückführen mag. Mancher jüdischen Tochter möchte man wünschen können, mit so einem tiefen jüdisch-national-religiösen Gefühl, wie die Tochter von Skriabin, gesegnet zu sein.

Und unter den Schülern selbst, wie gewöhnlich in Civitavecchia, finden wir die verschiedensten Menschen. Zu allen „traditionellen Ländern" sind in diesem Jahre noch drei hinzugekommen: Erez Israel, Süd-Afrika und Aegypten. Der Aegypter ist in Eryträa an der Abbessinischen Grenze

geboren. In dieser „Galut-Siedlung“ haben die Polen das Uebergewicht. Danach — die Samalim aus Wien, die Matrosen des „Theodor Herzl“ mit ihrer spezifischen Rigaer Färbung, die „Litwakes“, die Rumänen, die Palästinenser und andere mehr. Wie einer, ein Liebhaber von Statistik, der nichts besseres zu tun hatte, ausgerechnet hat, werden von ihnen „nur“ 17 Sprachen gesprochen — im Gegensatz zu den Schülern des zweiten Lehrganges, die 20 Sprachen gesprochen haben. Ziel der betarischen Erziehung auf dem Schiff ist es, ihnen allen eine gemeinsame Sprache zu geben — Hebräisch —. Zwischendurch spielt sich ein Kuriosum ab. Ein tripolitanischer Sphardi versucht mit Erfolg, sich mit einem Gemisch von Deutsch-Jiddisch und Polnisch „hindurchzureden“.

Wie schon gesagt, füllen die Betarim auf dem Schiff alle verantwortlichen Stellen aus. Einschließlich der Offiziersposten, was in früheren Jahren nicht der Fall war. Es ist eine Generation, die, wenn sie nicht die in sie gesetzten Hoffnungen enttäuschen wird, zusammen mit den übrigen Betarim von Civitavecchia, die auf den verschiedenen Meeren schwimmen, eine feste Basis für eine große jüdische Matrosengesellschaft der Zukunft bilden wird. An der Spitze derer, die bis zum heutigen Tag an ihrer Stelle stehen, steht Kecin Abraham Blaß, der gleich nach der Beendigung seines Kursus in der Schule führend wurde, ebenso Kecin Aron Steinberger, der Hauptmaschinist. Noch vor einigen Jahren war der Meeresgedanke ein Traum. Jetzt gewinnt er vor unseren Augen durch jüdische Jungen lebendige Gestalt, die mit heißem Blut diesen neuen Weg beschritten haben. Das Schicksal hat mit dem Namen des Schiffes ein Spiel getrieben. „Sara die Erste“ — ist ihr stolzer Name. Die inhaltsreiche historische Forschung von T. Gelbert erzählt uns, daß bereits im 16. Jahrhundert ein anderes Schiff mit jüdischen Matrosen von Algier die Wogen des Mittelländischen Meeres durchschnitten hat — „Lobaal Sara“, die „Schöne Sara“.

Jetzt werden die letzten Vorbereitungen für die Reise getroffen. Genua, Viargia, Cypern, Tel Aviv, Haifa, Rhodos, Saloniki, das sind ihre ersten Etappen. Es wird, denke ich, noch einmal die Höllengeschichte erzählt werden, die sich um das erste Schiff des Volkes ohne Vaterland bis zu seiner Abfahrt nach Erez Israel zugetragen hat. Die jüdische Welt wird dann von dem großen Maß der Opferbereitschaft, Ergebenheit, Energie und Hartnäckigkeit erfahren, die in dieses Unternehmen zusammen mit den Geldopfern hineingesteckt, die hauptsächlich von einzelnen Personen gebracht worden sind. Diesen einzelnen Personen muß gedankt werden. „Sara I“ hat bereits ihre Segel gesetzt und Kurs auf die Küste genommen, die, wie wir alle glauben, in Kürze eine von den Grundlagen bilden wird, auf der wir vom Libanon bis zum Suez-Kanal das Banner der jüdischen Freiheit aufrichten werden.

„Keine Verfolgung wird unseren heiligen Kampf um die Verwirklichung des Mandates aufhalten“

Die Maßnahmen der Palästina-Regierung gegen die NZO. in Palästina hat in allen Kreisen der Bevölkerung, die — im Bewußtsein der drohenden Unruhen — die wirkliche Bedeutung der Politik und Einstellung der Palästina-Regierung voll erfaßt, große Entrüstung erregt. Kurz nach den Verhaftungen erließ das Zentral-Comittee des Hazohars in Palästina eine eindrucksvolle Proklamation, die über das ganze Land verteilt wurde. Wir können hier leider nur die bemerkenswertesten Stellen daraus wiedergeben:

„Nirgendwo in der Welt wird man eine solche Gemeinschaft wie die jüdische in Palästina finden, die trotz eineinhalbjähriger Unsicherheit an Leib und Leben davon abgesehen hat, irgendwelche selbständigen Maßnahmen zu ergreifen, in dem Glauben, daß die Regierung ihren Wunsch nach Frieden anerkennen würde. Während all der Jahre zionistischen Wirkens hat der Jischuw der Welt ein Beispiel friedfertigen Siedelns gegeben, das in der Geschichte nicht seinesgleichen hat. Aber ihre einzige Belohnung war Entschädigung der Araber für ihre Gewalttaten in Gestalt der Empfehlungen der Kgl. Kommission — Abschaffung des Mandats und das Zugeständnis von 95 Prozent des Landes an die Araber. Die Araber haben gelernt, daß Terror eine sehr erfolgreiche Waffe im politischen Kampf ist. Sie zogen die weitere Folgerung, daß sie mit neuem Terror neue Siege erreichen würden. In den kürzlich von ihnen in Motza und Karkur begangenen Gewalttaten und in den zahlreichen Ueberfällen auf Juden an anderen Stellen sah der Jischuw einen Versuch zu einem neuen Aufstand. Die ganze jüdische Gemeinschaft sah diese Entwicklung mit Verbitterung und Enttäuschung an ... Es ist daher nicht zu verwundern, daß in ihnen der Instinkt für Verteidigung und Selbsterhaltung wach wurde, und daß sie sich genötigt sahen, die Verteidigung von Recht und Ordnung in ihre eigenen Hände zu nehmen ...

Die Maßnahmen der Regierung können nur als ein absichtlicher Versuch gedeutet werden, die Geschehnisse zu verdrehen, um die Situation dazu auszunutzen, die einzige jüdische politische Bewegung, die es verstanden hat, den Kampf in London, Genf und den anderen Hauptstädten Europas zu führen, zu vernichten ...

Unsere Bewegung ist nicht eine kleine Schar. Sie zählt Zehntausende in Palästina, und alle Gefängnisse des Landes werden es nicht erreichen, die jüdische Freiheitsbewegung zunichte zu machen ...

Wir erklären, daß es der Regierung durch diese Verhaftungen nicht gelingen wird, sich von der Verantwortung für die in Palästina herrschende Anarchie und Terror zu befreien.“

„Ungehörte Stimmen“

Unter diesem Titel werden im Rahmen der Künstlerhilfe der Jüdischen Gemeinde von den Rezitatoren Erna Leonhard (Feld) und Leo Merten (Menter) sechs Vortragsabende im Klubheim des Jüdischen Frauenbundes, Marburger Straße 5, veranstaltet, die der jungen jüdischen Dichtung gewidmet sind.

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland

Berlin. Am Tage Hoschana rabba, Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, wird in der Neuen Synagoge, Oranienburger Straße 30, eine neue Torarolle geweiht. Direktor Heinrich Stahl und Rabbiner Dr. van der Zyl halten Ansprachen. Der Weiheakt wird umrahmt durch die Aufführung eines Schöpfungshymnus „B'reschit“ von Oskar Guttmann. Als Solisten wirken Paula Salomon-Lindberg und Oberkantor Hans John Jacobsohn mit; an der Orgel Werner Baer, das verstärkte Orchester der Künstlerhilfe und ein aus 60 Berufssängerinnen und Sängern, darunter bekannten Solisten, zusammengesetzter gemischter Chor nehmen teil. Die Leitung der Aufführung hat Chemjo Winawer.

Schweiz

Das Wanderungsproblem vor dem Völkerbund

Genf. Vor der vierten (Budget-) Kommission des Völkerbundes erstattete der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Butler, den Bericht über die Tätigkeit des Amtes und behandelte dabei auch das Wanderungsproblem. Er erklärte, das Internationale Arbeitsamt sei darauf aufmerksam gemacht worden, daß einige Länder neue Einwanderer zulassen wollen, während andere bestrebt sind, für ihre Auswanderer Platz zu finden. Das Internationale Arbeitsamt habe darum beschlossen, in nächster Zeit eine Konferenz von Sachverständigen einzuberufen, die sich mit diesem Problem befassen soll. Der polnische Vertreter, Minister Komarnicki, erklärte, Polen werde gern an dieser geplanten Konferenz teilnehmen, doch sei ihr Erfolg zweifelhaft, da Fachleute aus denjenigen Ländern, die eine Auswanderung großen Stiles finanzieren könnten, nicht eingeladen worden seien. Im übrigen werde von polnischer Seite die Auswanderungsfrage noch in der zweiten Völkerbundskommission ausführlicher behandelt werden.

Holland

Amsterdam. Für das Studienjahr 1937/38 ist der berühmte jüdische Wirtschaftsforscher Prof. Dr. N. J. Polak zum Rektor der Handelshochschule in Rotterdam gewählt worden.

England

London. Der neue Lord Rothschild hat als Nachfolger seines verstorbenen Oheims den Vorsitz des britischen vereinigten Komitees für die Gesellschaft Ort und Ose übernommen.

Polen

Das zweite Berufungsverfahren im Przytykprozeß

Warschau. Das Gericht in Lublin hat in dem zweiten Berufungsverfahren gegen Personen, die an den judenfeindlichen Ausschreitungen in Przytyk bzw. an ihrer Abwehr im März 1936 teilgenommen haben, das Urteil gefällt. Die Gefängnisstrafe für Scholem Lesko ist von 8 auf 7, diejenige des Elieser Kirschenzweig von 6 auf 5 und die Isaac Friedmanns von 5 auf 3½ Jahre herabgesetzt worden. Die von den Verurteilten bisher verbüßte 1½jährige Haft wird auf die Strafzeit angerechnet.

Bei drei nichtjüdischen Angeklagten, die zu Gefängnisstrafen von geringerer Dauer verurteilt worden waren, wurde das Strafmaß bestätigt. Zwei nichtjüdische Angeklagte wurden freigesprochen.

In der Begründung erklärte das Gericht, die Schuld der Verurteilten sei erwiesen. Die Strafe sei herabgesetzt worden, um die Voraussetzung für die Einrechnung der Untersuchungshaft zu schaffen. Nach der Urteilsverkündung erklärte der Verteidiger Leskos, Adv. Szumanski, daß er nochmals ein Revisionsgesuch an den Obersten Gerichtshof richten werde.

Nachspiel zu den Vorfällen in Minsk-Mazowieck

Warschau. Ueber die Berufung, die gegen das über den 33jährigen Juda Leib Chaskielewicz wegen Ermordung des Sergeanten Jan Bujak verhängte Todesurteil eingelegt worden ist, hat die Verhandlung stattgefunden. Im Verlauf der Verhandlung zeigte sich wieder, daß Chaskielewicz, der völlig verwirrte Aussagen machte, für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Er erklärte aber mit Bestimmtheit, daß nur seine Erfahrungen während seiner Militärdienstzeit, nicht jedoch politische Motive ihn zu der Tat veranlaßt hätten. Der Staatsanwalt verlangte die Bestätigung der Todesstrafe mit der Begründung, daß die Tat nicht unter individuellen Gesichtspunkten, sondern vom Standpunkt der gesamten Gesellschaft beurteilt werden müsse. Die Anwälte der Privatkläger hielten scharfe judenfeindliche Reden. Sehr eindrucksvoll waren die Plädoyers der Verteidiger Dombrowski, Honigwill und Landau. Zum Schluß erklärte der Staatsanwalt, er gebe zu, daß Chaskielewicz nicht völlig normal ist, dennoch sei er für seine Tat verantwortlich. Weiter stellte der Staatsanwalt fest, daß er keine jüdische Partei für das Verbrechen verantwortlich mache. Chaskielewicz begnügte sich in seinem Schlußwort damit, Gerechtigkeit für sich zu verlangen. Das mit großer Spannung erwartete Urteil dürfte am Freitagnachmittag verkündet werden. Als Adv. Dombrowski das Gericht verließ, versetzte ihm ein Mann einen Schlag mit dem Rufe: Du Judenknecht! Das hast du dafür, daß du einen Juden verteidigst! Der Mann, ein Nationalradikaler namens Kazimierz Dunajski, wurde verhaftet.

Madagaskar-Expedition nach Polen zurückgekehrt

Warschau. Amtlich wurde bekanntgegeben, daß die nach Madagaskar zur Untersuchung der Eignung dieses Gebietes für die Ansiedlung von Juden entsandte Expedition zurückgekehrt ist. Der Expeditionsführer, Major Lepecki, ist in Paris von dem polnischen Außenminister Oberst Beck empfangen worden.

Warschau. Anläßlich der Eröffnung des neuen Studienjahres ist es an der Lemberger Universität zu schweren judenfeindlichen Ausschreitungen gekommen. Sechs jüdische Studenten wurden schwer mißhandelt und verletzt. Auch in Warschau wurden jüdische Hörer am Betreten der Hochschulen verhindert. Nach Interventionen beim Lemberger Rektor, Prof. Kulczynski, und bei dem Wojwoden Bilik, hat Abg. Dr. Sommerstein dem Leiter des Hochschuldezernats im Unterrichtsministerium, Prof. Aleksandrowicz, Bericht über die Vorfälle in Lemberg erstattet.

Rumänien

Ein Verlag zum Andenken an den Dichter Elieser Steinberg

Czernowitz. Zur Erinnerung an den insbesondere durch seine Tierfabeln bekannt gewordenen Dichter Elieser Steinberg ist in Czernowitz ein Verlag gegründet worden, der die Werke junger jüdischer Schriftsteller in Rumänien herausgeben will.

Bukarest. Obwohl vor einiger Zeit bekannt gegeben worden war, daß die von dem Handelsminister Valer Pop angekündigte Verordnung, daß in den privaten Handels- und Industrieunternehmungen Ausländer nur bis zu 5 Prozent und Arbeiter und Angestellte, die zwar rumänische Staatsangehörige sind, aber ethnisch nicht dem rumänischen Mehrheitsvolk zugehören, nur bis zu 25 Prozent beschäftigt werden dürfen, zurückgezogen worden sei, haben jetzt zahlreiche Unternehmen die Aufforderung erhalten, bis zum Jahresende mindestens 50 Prozent Personal ethnisch-rumänischer Herkunft einzustellen. Diese Aufforderung, die der verfassungsgesetzlich verankerten Gleichberechtigung der Minderheiten widerspricht, hat starke Beunruhigung hervorgerufen.

Palästina

Wie die hebräische Tageszeitung „Haarez“ mitteilt, wird der belgische Außenminister in den nächsten Tagen zu einem Besuch in Palästina eintreffen.

China

Hilfsaktion der Juden im Fernen Osten für die jüdischen Flüchtlinge aus Schanghai

Schanghai. Die Juden des Fernen Ostens haben für die notleidende jüdische Bevölkerung der infolge der bekannten Vorgänge geräumten Viertel von Schanghai eine Hilfsaktion eingeleitet. Von der Jüdischen Gemeinde Schanghai selbst wurden bisher 3000, von den Juden in Manila 2000 und von den Juden in Dairen 1000 Dollar für diesen Zweck aufgebracht.

Die Iwria-Bank Berlin schließt

Berlin. Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin teilt mit:

In Nr. 36 des Gemeindeblattes vom 5. September ist über die Beschlüsse berichtet worden, die in der Generalversammlung der Iwria-Bank e. G. m. b. H. in Berlin gefaßt worden sind. Man konnte damals die Hoffnung hegen, daß durch die beschlossene Erhöhung des Genossenschaftskapitals einerseits, durch die von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Mittel und durch die von den Organen der Genossenschaft eingeleiteten Maßnahmen andererseits die Sanierung, die Fortführung und der Wiederaufbau der Iwria-Bank ermöglicht werden würde.

Zu unserem Bedauern ist die Durchführung dieser Absicht nicht möglich geworden. Die Erhöhung der Genossenschaftsanteile erscheint den zuständigen behördlichen Stellen nicht ausreichend, um das durch die früher getätigten Geschäfte verloren gegangene Betriebskapital zu ersetzen. Demgemäß wurde von dieser Stelle die sofortige Beschaffung weiterer beträchtlicher Mittel als verantwortliches Eigenkapital verlangt.

Die Gemeinde, die im Interesse der Erhaltung zahlreicher jüdischer Existenzen zwecks Herstellung der Liquidität der Iwria-Bank darlehnsweise Mittel in Höhe von rund einer Million Reichsmark zur Verfügung gestellt hat und den Einlegern gegenüber eine Garantie in Höhe von 300 000 RM übernommen hat, sieht sich nicht in der Lage, über diese Beträge hinaus weitere Gelder der Iwria-Bank zu gewähren.

Hierbei müssen wir zu unserem Bedauern zum Ausdruck bringen, daß frühere Aufsichtsratsmitglieder der Iwria-Bank, die der Gemeindevorstand immer wieder dringlich aufgefordert hatte, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, vollständig versagt und, abgesehen von den immer wieder erneuten Zusagen, der Bank keine Mittel zugeführt haben.

Bei dieser Sachlage hat die Iwria-Bank in Berlin am 16. September ihre Schalter schließen müssen. Ueber das weitere Schicksal der Iwria-Bank ist zur Zeit eine Entscheidung noch nicht gefallen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß trotz der von der Gemeinde großzügig geleisteten Hilfe die Hoffnung, dieses Kreditinstitut dem Berliner jüdischen Mittelstand zu erhalten, sich bisher nicht hat verwirklichen lassen.

Neue Bücher

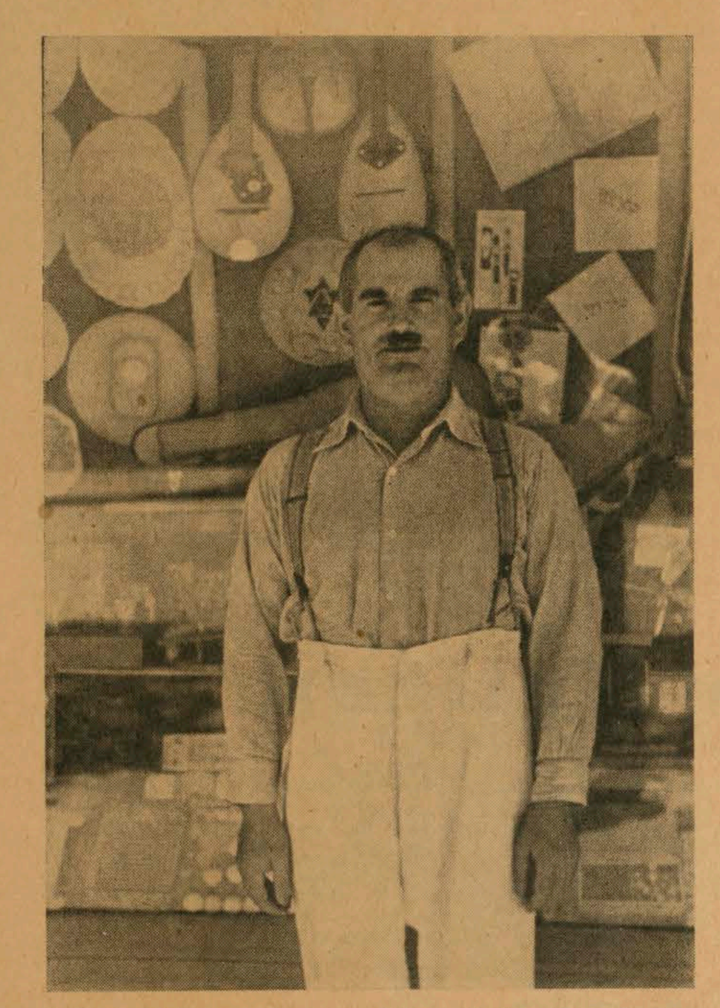
Im Löwe-Verlag in Berlin erschien ein neuer Band von Schmarja Lewins Lebenserinnerungen. Auch dieser Band führt in das Leben des ostjüdischen Milieus im alten zaristischen Rußland und gibt uns wertvolle Aufschlüsse über das nationale Leben der Juden. Voll Respekt liest man aus den Zeilen dieses alten zionistischen Kämpen das Entstehen einer national-jüdischen Bewegung, und fast historisch mutet es einen an, mit welchem Elan und welcher Energie diese Gedankengänge im kleinen Kreis des Städtchens und darüber hinaus im russischen Judentum verbreitet worden sind. Wir sind sicher, daß auch dieser Band, der in geschmackvoller Ausführung herausgekommen ist, in weitesten jüdischen Kreisen Beachtung und Interesse finden wird. *H.*

Ausstellung Ernst und Alexander Oppler

Im Todesjahr des Bildhauers Alexander Oppler und gleichzeitig in Erinnerung an den 70. Geburtstag seines verstorbenen Bruders, des Malers Ernst Oppler, plant das Jüdische Museum im Oktober eine Gedächtnis-Ausstellung für die beiden bekannten Berliner Künstler. Ein großer Teil des Nachlasses der Künstlerbrüder ist in den Besitz des Jüdischen Museums gelangt und wird bei dieser Gelegenheit zum ersten Male gezeigt.

Eine Volksbefragung:

Der Jischuw zur Teilung



Kurt W., Neueinwanderer aus Wien, Inhaber eines Papiergeschäftes in der Allenbystraße:

„— Ja, über die Teilung, da habe ich meine besondere Meinung. Ich persönlich glaube nämlich nicht, daß sie durchgeführt wird.“

„Und Ihre Meinung über das Prinzip? Man sagt doch, daß gerade die Geschäftsleute dafür sind, weil sie sich von dem geteilten Staat eine neue „Prosperity“ versprechen.“

„Ich persönlich glaube nicht an diese Prosperity. Ein solcher Zwergstaat wäre ja gar nicht lebensfähig und, ehrlich gesagt, ich sehne mich gar nicht so nach der jüdischen Autonomie. Ich bin nicht der Meinung, daß die Juden schon regierungsreif sind und wenn es nach mir ginge, so sollten die Engländer noch einige Dutzend Jahre im Lande bleiben und vor allem — für Ruhe sorgen.“



Rachamim, der jemenitische Zeitungsjunge:

Er kann sich noch genau erinnern, wie er vor fünf Jahren mit seinen Eltern aus Jemen kam. Dort hatten sie furchtbar unter dem arabischen Fanatismus zu leiden. Durch die Straßen konnten sie sich nur an den Seiten durchschleichen, und vor den arabischen Herren hatten sie sich zu verbeugen. Auf einem Esel zu reiten, war ihnen verboten, weil das auch den arabischen Herren vorbehalten war. Als es nicht mehr auszuhalten war, flohen sie bei Nacht. 7 Monate dauerte die Reise, voller Gefahren und Abenteuer. Aber jetzt ist es gut.

Ob er die Zeitungen, die er verkauft, auch lesen kann? — Ja, aber langsam! — Wie denkst du über die Chalukka! — Ja, sagt er, er ist dafür. — Die Zeitung, die du verkaufst, ist doch dagegen! — Das weiß er nicht genau. Aber seit die Chalukka ist, in der letzten Zeit, werden doppelt soviel Zeitungen verkauft, und da muß man doch dafür sein, nicht wahr?

Dr. B., bekannter Arzt der Alija aus Deutschland:

Wird auf der Straße abgefaßt, knipsen jedoch läßt er sich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht.

„Herr Doktor, ich hätte gerne Ihre Meinung über die Teilung gehört.“

„Sie kommen mir da ein bißchen plötzlich. Ehrlich gesagt, steht meine Meinung noch gar nicht fest. Es sind ja auch noch keine konkreten Angaben über Grenzen und andere endgültige Regelungen vorhanden. Aber eines steht für mich schon fest: Dieser Teilungsvorschlag ist unbedingt abzulehnen.“

„Wie ist es mit dem Prinzip der Teilung?“

„Auch das ist mir keineswegs symphatisch und ich sage Ihnen aufrichtig, daß ich die Züricher Kongreßresolution für einen schweren Fehler halte, weil sie unsere Bereitschaft zur Teilung schon dokumentiert, bevor die maßgeblichen Instanzen in England und in Genf Ihre Meinung dazu äußerten.“

„Herr Doktor, haben Sie denn etwas anderes vom Züricher Kongreß erwartet? Weizmanns Politik mußte doch zwangsläufig dazu führen?“

„Ja“, ruft Doktor B. aus, „aber wenn zum Beispiel Ihr Jabotinsky, ein doch mit seinen genialen Talenten und Fähigkeiten allseits anerkannter Mann, die alte zionistische Organisation nicht verlassen hätte, dann wäre das Abstimmungsergebnis doch ein anderes gewesen.“

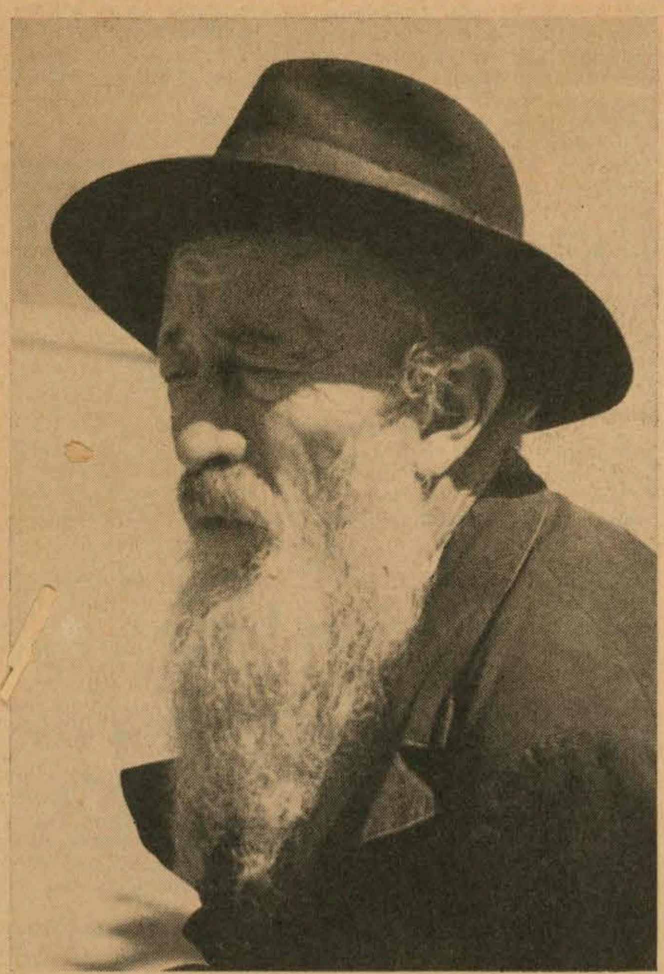
„Aber Sie wissen doch genau, lieber Herr Doktor, daß auf Grund des Schekelsystems bei den Wahlen zum Zionistenkongreß die herrschende Partei durch ihre Machinationen niemals die Möglichkeit einer Majorisierung gegeben hätte.“

„Trotzdem halte ich den Austritt der Revisionisten für einen schweren Fehler. Denn wenn das Abstimmungsergebnis nicht 300 zu 158, sondern zum Beispiel 300 gegen 290 gelautet hätte, dann hätte eine solche Mehrheit keine Vollmacht mehr für Weizmann bedeutet.“

„Dann hätte doch Jabotinsky auch seine politische Arbeit auf Grund der Disziplinklausel der alten Z. O. nicht durchführen können.“

„Allerdings“, gibt Doktor B. zu und zuckt mit den Achseln.

Damit schließt unser Gespräch.



Menachem ben Hillel, Talmudgelehrter:

Vor 71 Jahren in Hebron geboren:

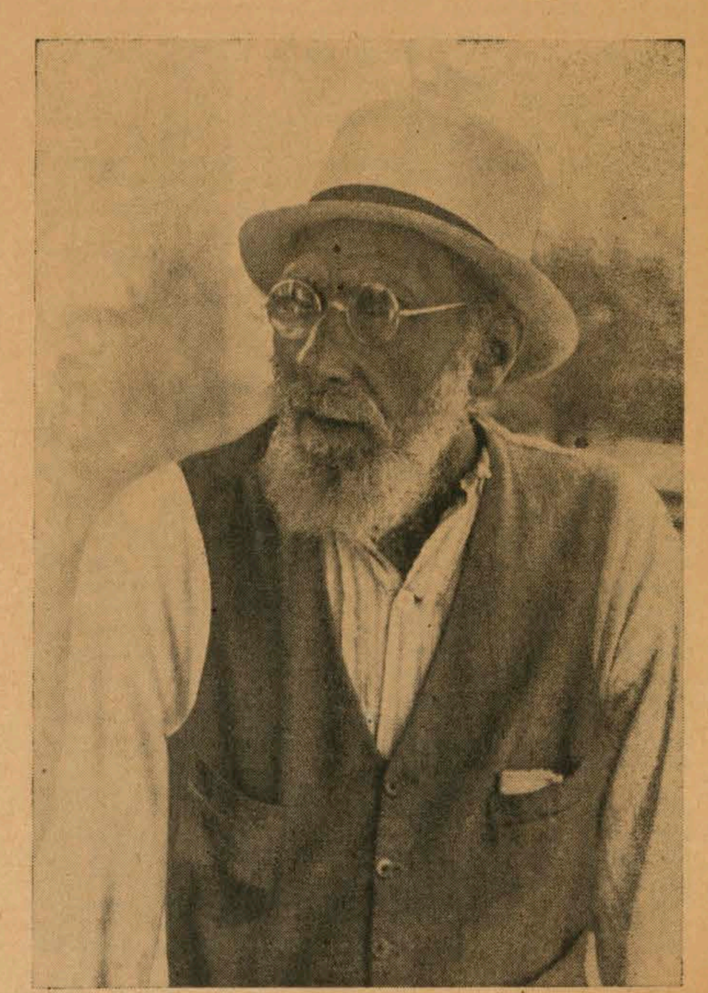
„Meine Meinung über die Teilung? Junger Mann, wer die Tora gelernt hat, der weiß, daß Erez Israel für uns das Heiligste und Jerusalem das Allerheiligste bedeutet. Wenn man nun dabei ist, uns das Heilige zu nehmen, das Allerheiligste muß uns erhalten bleiben.“

„Aber wie ist es dann mit der Alija und dem Aufbau eines neuen Erez Israel?“

„Junger Mann, wer Tora gelernt hat, der weiß, daß das Judentum vor allem eine geistige Grundlage hat, auf der sich das Volkstum aufbaut Wird diese Grundlage genommen, dann hat eine Kolonisation keinen Sinn mehr. Daher muß vor allem diese geistige Grundlage gewahrt bleiben.“

„Aber die Lage der Juden in der Welt ...“

„... Ist schlecht, ich weiß, ich weiß ... Aber glauben Sie mir, das größte Unglück, das über die Juden gekommen ist, bleibt doch ihre Entfernung vom Jüdischen. Das hat erst zum Zusammenbruch ihres Gottvertrauens und dann ihres Selbstvertrauens geführt. Ohne dieses jedoch kann nichts werden und bestehen ...“



Simantow H. aus Buchara:

Vor vier Jahren ins Land eingewandert. Hat vor der großen Synagoge in Tel Aviv seinen Stand mit Gebetbüchern und anderen heiligen Geräten. Sein primitives Hebräisch ist mit Torazitaten vermischt. Als ich ihn um seine Meinung wegen der Chalukka befrage, erhebt er abwehrend die Hand und ruft: „Gott möge uns davor behüten, daß das Land, welches Israel verheißen wurde, Fremden abgetreten wird! Es heißt doch in der Tora: Euch werde ich geben das Land — dem Volk Israel. Nur den Juden ist das Land verheißen worden und nur ihnen gehört es.“

Ich wende ein: „Wenn nun die Teilung und Abtrennung Jerusalems doch durchgeführt wird, was dann?“

Ein verächtliches Lächeln geht über seine Züge und er hebt sein Haupt: „Sollen sie es nur tun, die Engländer, was Gott verheißen hat, wird er erfüllen ...“



Mosche S., Bauarbeiter, Mitglied der linken Histadrut:

„... Wenn die Teilung große Alija bringen kann, dann muß man dafür sein. So wie es bisher ging, geht es nicht weiter. Die Arbeitslosigkeit steigt Tag für Tag, kaum daß man seine zwei Tage in dei Woche Arbeit hat. Wenn man Familienvater ist, so ist das kein Spaß.“

„Und warum wird heute nicht mehr gebaut?“

„Weil keine Sicherheit für das Kapital da ist. Wenn der jüdische Staat als ein Status festgelegt ist, wird auch das Vertrauen wieder zurückkehren.“

„Und wie steht es mit dem Verzicht auf die anderen Gebiete, und auf Jerusalem?“

„Jerusalem als Altstadt kann für den Aufbau doch nicht viel bedeuten, und die anderen Gebiete muß man dann später mit Geld und anderen Mitteln wiedererwerben.“

„Aber das wird doch bei der nationalen Erziehung der Araber nur mit Waffengewalt möglich sein.“

„Vielleicht. — Aber da muß ich mich an die Worte Weizmanns halten: Dann soll die Zukunft kommen und für die Zukunft sorgen.“

ERez Israel

24. September 1937

Arbeit und Einordnung

Heute ist es jedem Juden in der Gola bewußt, daß unabhängig von seiner heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage seine Zukunft oder zumindest die Zukunft seiner Kinder in Palästina liegt. Die junge Generation lebt bereits mit einem Fuß draußen, das Bündel gepackt, und wartet auf die sich bietende Gelegenheit, um in das Land der Väter, das heute das Land ihrer Zukunft (ja auch Gegenwart) geworden ist, zu wandern.

Klar muß es aber auch jedem sein, daß Palästina in seinen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen ganz anders geartet ist, als das Leben in der Galut — und dies verlangt Umstellung, Anpassung an die neuen Verhältnisse, man nennt es mit einem Schlagwort „Umschichtung" und glaubt durch die sogenannte Hachschara alles dazu getan zu haben. Hier aber stellt es sich dann heraus, daß man völlig unvorbereitet ist — und so manche Tragödie, Enttäuschung und Zweifel an die Zukunft Palästinas würden vermieden werden, wenn jeder Einwanderer ein genaues Bild von den Lebens- und Arbeitsverhältnissen im Lande hätte. Folgende Darstellung soll ein Versuch sein, ein wenig Abhilfe zu schaffen.

Die Arbeitsmöglichkeit in der Moschawa liegt in drei Zweigen: Pardeß, Milchwirtschaft, Gemischte Wirtschaft.

Der größte Teil der landwirtschaftlichen Siedlungen in Palästina hat heute als Haupterwerbsquelle die Zitruspflanzungen. Die Orangen- und Grapefruchtbäume in größeren Hainen angelegt (von 30 bis 400 Dunam) — Pardessim — brauchen eine spezielle Pflege. Die Frucht wird im November reif und wird bis Ende Februar abgeerntet. Im Sommer müssen die Bäume ständig bewässert werden, was sehr viel Arbeit verlangt. Bis heute noch arbeiten im Sommer in den Pardessim zum größten Teil Araber zu einem Lohn von 10 bis 12 Piaster im Tag. Die Hauptarbeit wird mit der Turia (einer Hacke, mit der die Erde umgegraben wird) gemacht. Diese Arbeit gilt im Lande als die schwerste. Und als die Juden auch in die Pardessim einzudringen begannen und die Turia in die Hand nahmen, konnten sie selbstverständlich nicht zum selben Lohn wie der Araber arbeiten.

Der Araber braucht pro Tag zum Essen nicht mehr als drei Piaster, das Schlafen kostet gar nichts, dagegen muß der Jude, wenn er die schwere Turiaarbeit leistet, mindestens für zehn Piaster täglich essen. Man einigte sich deshalb auf den Lohn von 20 Piaster pro Tag. Dies ist der Minimallohn, den der jüdische Arbeiter in Palästina verdienen muß, um einigermaßen leben zu können. Davon kann er sich keinen Luxus erlauben, sogar für einen Anzug reicht es nicht.

Ein großer Teil der Pardessanim will jedoch nicht diese Differenz von acht Piaster bezahlen, und die Folge davon ist der ständige Kampf um jüdische Arbeit in den Pardessim.

Im Winter bessert sich die Lage ein wenig, weil in Verbindung mit dem Verpacken und Verschicken der Frucht eine Möglichkeit entsteht, sich zu spezialisieren und dadurch mehr zu verdienen. Es ist jedoch nicht leicht, und nur wenigen gelingt es. Die meisten sind auf die 20 Piaster angewiesen, dabei fallen viele Arbeitstage durch Regen u. a. aus. Der Pardeßarbeiter kann mit seinem Verdienst knapp auskommen, ohne irgendeine Aussicht zu haben, irgendwie vorwärtszukommen.

Er sieht keine Zukunft, arbeitet schwer, und da er meistens von keiner Seite unterstützt wird, ist er sehr verbittert und enttäuscht. Viele laufen zur Stadt — andere haben auch dazu nicht mehr den Mut. Und besonders heute, wo die Pardessim mit einem Verlust abgeschlossen haben, und man den Lohn auf 17 oder 15 Piaster drücken will, ist die Lage sehr schwer.

Hier gibt es nur einen Ausweg — man muß diesen Arbeitern eine Hilfswirtschaft (Schikkuhn) einrichten. Er muß zwei Dunam Boden erhalten und eine billige Anleihe auf lange Zeit, damit er sich ein Häuschen, einen Hühnerstall und etwas Gemüse anbauen kann. Hier wäre eine verdienstliche Aufgabe für die nationalen Fonds: anstatt an die Kibbuzim Tausende von Dunam zu verschenken und an diesen unrentablen Wirtschaften Tausende von Pfunden zu verpulvern, könnte hier wirklich etwas Positives getan werden, tausende landwirtschaftliche Arbeiter auf dem Lande zu verwurzeln.

Doch die Gelder und die Böden, die das jüdische Volk schafft, müssen für sozialistische Experimente hinweggehen. So wollen es diese Herrschaften oben haben. Und solange diese Frage nicht geregelt sein wird, wird der Pardeßarbeiter leiden und den jüdischen Pardeß wird Achmed und Mustaffa bearbeiten.

Für den Einwanderer mit kleinem Vermögen kommt der Pardeß als Investitionsmittel nicht in Frage, weil der Pardeß rentabel erst von 30 Dunam aufwärts wird; dies bedeutet eine Mindestsumme von 3000 Pfund. Die wenigsten verfügen heute über solche Summen. Für Menschen mit solchen Kapitalien ist das Problem der Einordnung um vieles leichter, obgleich auch ziemlich riskant. Denn so mancher hat in den letzten Jahren solche Summen und zum Teil noch größere verloren.

Für den Einwanderer mit etwas Kapital, der die Absicht hat, sich landwirtschaftlich zu betätigen, kommt nur die Gemischte Wirtschaft, zum Teil auch die reine Milchwirtschaft in Frage. Es hat sich in den letzten Jahren herausgestellt, daß eine gesund aufgebaute Kleinwirtschaft, zwischen fünf bis 10 Dunam, folgendes aufnehmen muß: 200 bis 600 Hühner, drei Dunam Gemüse, eine Kuh, den Rest des Bodens Futtermittel. Solche Wirtschaften haben sich meistens als krisenfest herausgestellt. Die in dieser Hinsicht typischen Siedlungen sind Naharia von Soskin, Ramat Haschawim usw. Auch die Haamanit, die staatszionistische Siedlungsgesellschaft, hat in Gan Jawne den Versuch unternommen, den gleichen Siedlungstyp zu schaffen.

Der Arbeiter, der in einer Gemischten Wirtschaft arbeitet, und die sich bietende Gelegenheit ausnützt, sich auf allen landwirtschaftlichen Gebieten ausbilden zu lassen, ist viel besser daran, als der Pardeßarbeiter, weil er doch leichter dazu kommen kann, ein eigenes Stück Boden zu bekommen und sich so langsam eine Existenz aufzubauen. Besonders, wenn er eventuell über eine kleine Geldsumme verfügt.

Viele Olim, die mit kleinen Geldsummen ins Land kamen und sich in der Landwirtschaft einordnen wollten, wandten sich dem Zweig der Gemischten Wirtschaft zu, weil nur hier eine Aussicht auf Einordnung bestand. Sei es in der Form einer Hilfswirtschaft auf ein bis zwei Dunam oder einer intensiven Wirtschaft auf einer Fläche von fünf bis 10 Dunam. Das hier investierte Kapital variierte zwischen 100 bis 1500 Pfund.

Heute hat sich auch die Lage der gemischten Landwirtschaft stark verschlechtert, so daß auch dieser an sich gesundeste Teil der palästinensischen Landwirtschaft schwer um seine Existenz kämpfen muß. Den Grund hat man fast ausschließlich in nicht rein wirtschaftlichen Faktoren zu suchen.

Die Mandatarmacht hat durch ihre Wirtschaftsverträge mit Syrien und Irak den palästinensischen Markt in diesen Ländern geöffnet. Die Folge ist eine Ueberschwemmung mit billigen landwirtschaftlichen Produkten, speziell Eiern, Hühnern und Gemüse. Dies zu solchen Preisen, daß der jüdische Landwirt unmöglich mitkommen kann, und obgleich der Igud lemaan Tozeret haarez (Schutzverband der palästinensischen Erzeugnisse) alles unternimmt, um die jüdische Produktion zu schützen, hat das syrische und irakische Ei das frische jüdische Ei zum großen Teil vom Markte verdrängt.

Beim Gemüseanbau muß man mit einer starken Konkurrenz seitens der Araber rechnen, die dank ihrer billigen Arbeitkraft und ihres billigen Bodens den Gemüsepreis auf ein Minimum drücken können — und die jüdische Hausfrau ist um einen Mill bereit, alles zu vernichten, und läuft zum arabischen Gemüsehändler. Der Igud hat bereits nach langen Kämpfen durchgesetzt, daß der Tel Aviver Markt jüdisch wurde; um aber den ganzen Markt für sich zu erobern, hat die linke Verkaufsorganisation „Tnuva" ein Experiment unternommen, das zur Katastrophe für den kleinen Jarkan (Gemüsegärtner) wurde.

Da es den Kibbuzim, die große Gemüsefelder besitzen, nicht wichtig ist, welche Preise sie erzielen, da die Defizite vom Keren Hajessod gedeckt werden, hat die Tnuva versucht, in diesem Sommer den Araber vom Gemüsemarkt dadurch zu verdrängen, daß sie das Gemüse zum gleichen Preis, oder sogar noch billiger als der Araber lieferte. Der Araber wurde zum Teil verdrängt — dabei aber der kleine Jarkan, der von seinen Erträgnissen leben muß, vollständig ruiniert. Für die Kibbuzim sind immer große Anleihen und Subventionen in Tausenden von Pfunden vorhanden, wenn aber ein kleiner Jarkan eine Anleihe von 10 Pfund zum Ankauf von Saat braucht, kann er sich die Füße wundlaufen und nichts erreichen. Das vom jüdischen Volk gespendete Geld ist nur für das sozialistische Experiment des Kibbuz da; dafür kann der kleine Mann zugrunde gehen.

Eine Lösung gibt es für dieses Problem — für die Frage, ob wir Juden in Erez Israel eine gesunde Bauernschicht schaffen werden: Wenn der Jischuw und die Weltjudenheit einsehen wird, daß Träger des jüdischen Volkes und des künftigen jüdischen Staates nicht der Kibbuz, nicht das schöne sozialistische Experiment, sondern der einfache, einzelne Jude ist, der im Schweiße seines Angesichts den Boden bearbeitet, um für sich und seine Kinder das Stück Brot zu verdienen.

Wenn die zionistischen Instanzen dies einsehen werden, und die Tausende Pfunde, die sie heute noch in die Kibbuzim hineinpulvern, dazu benutzen werden, diesen Juden zu helfen, dann, aber nur dann, werden wir mit einem gesunden Bauernstand rechnen können.

Politische Notizen

Wer will behaupten, daß die Palästina-Administration nicht prompt zu reagieren versteht? — Zwar haben im vorigen Jahr die Unruhen und Ueberfälle auf Juden von April bis zum Oktober, sechs Monate, gedauert, ohne daß die Administration sie mit Hilfe von 20 000 Soldaten zu unterdrücken vermochte, zwar sind die arabischen Hetzer und Anstifter — an der Spitze der Mufti — frei und unbestraft geblieben und haben den Aufstand nur auf Grund der bekannten „Fürsprache der arabischen Könige" abgeblasen, in diesen Tagen jedoch hat die Administration bewiesen, daß sie zuzugreifen versteht: 24 Stunden nachdem Karkur zwei jüdische Opfer zu beklagen hatte (woraufhin in derselben Gegend vier tote Araber aufgefunden wurden), trafen in Chedera (Karkur liegt bei Chedera) der Distriktgouverneur Mr. Takvibaner nebst Polizeibegleitung ein und begaben sich direkt zum Rat der Moschawa. Dort forderte der Distriktgouverneur die Leiter der Moschawa auf, die schlechten Elemente anzuzeigen und sie der Polizei zu übergeben. Als darauf hingewiesen wurde, daß in Chedera seit den 47 Jahren der Gründung solche Fälle nicht vorgekommen, und solche verdächtigen Elemente nicht bekannt sind, stimmte Mr. Takvibaner höflich zu, schickte jedoch seine Polizisten auf die Straße und ließ *15 zufällige Passanten abfangen.* Dieselben wurden von ihm an Ort und Stelle auf Grund der Notverordnungen zu je ein Jahr Schutzhaft verurteilt und sofort nach Akko überführt. Unter den Verurteilten befinden sich sechs Betarim, einige Mitglieder der umliegenden Kibbuzim und — man höre! — eine Anzahl Leute vom Haschomer Hazair! (Ach, das haben sich die armen Pazifistlein wohl nicht träumen lassen, daß sie für ihre „Klassensolidarität mit den arabischen Brüdern" solchen Lohn erhalten werden!) Die Administration jedoch hat auf Grund dieser Maßnahmen folgendes erreicht:

1. Auf Grund der Verhaftung und Verurteilung offenbar Unschuldiger ist allen an den Verbrechen Beteiligten aufs neue belegt worden, daß die Administration unfähig ist, die Schuldigen zu entdecken, und daß auch in Zukunft keinerlei Gefahr bestehen wird, solche Taten fortzusetzen.
2. Die Erbitterung der Bevölkerungskreise über die offenbare Willkür Unschuldigen gegenüber hat die Beliebtheit der Administration um ein Vielfaches gesteigert.

Nur eine so außergewöhnlich talentierte Palästina-Administration kann so außergewöhnliche Resultate erzielen.

★

Zur gleichen Zeit wurde auch in Tel Aviv und in Jerusalem „zugegriffen". Revisionistische und Betar-Führer wurden verhaftet, innerhalb von Stunden zu einem (bzw. halben) Jahr Schutzhaft verurteilt und nach Akko überführt. Die Verhaftungen erfolgten anscheinend auf Grund alter Kartotheken, denn es ist ein Teil von Menschen festgenommen worden, die heute keinen aktiven Anteil an der Bewegung nehmen. Ueberhaupt wurde mit viel Methode vorgegangen, wie folgende Fälle beweisen:

In Tel Aviv kam die Polizei in das Gebäude der nationalen Arbeiterorganisation, in deren Räume ein Chawer wohnt, der die Räumungsarbeiten verrichtet. Auf die Frage, wer hier verantwortlich sei, erwiderte er: „ich"! Das kostete ihn ein halbes Jahr Akko, denn er wurde mit den verhafteten revisionistischen Führern verurteilt, ohne daß er auch nur zu Worte kam.

In Jerusalem machte sich die Polizei die Arbeit, das Heim des Betar zu umzingeln und 50 Kinder auf die Polizeiwache zu schleppen. Nachdem sie dort einige Stunden festgehalten und sorgsam registriert wurden, entließ man sie. Daraufhin wurden ebenso zufällige Verhaftungen vorgenommen. U. a. wurde Jehuda Schneerson festgenommen, der bekanntlich vor kurzer Zeit von arabischen Banditen auf dem Wege zur Klagemauer niedergestreckt wurde, dann monatelang auf Leben und Tod darniederlag, und bis zum heutigen Tage nicht hergestellt ist. Die arabischen Banditen hat die Administration zwar nicht fassen können, dafür hielt sie sich jetzt an dem Schwerverletzten schadlos; der war ja auch bequemer zu fassen.

Die Prozedur der Verurteilung war kurz und einfach. Die Verhafteten wurden dem Distriktgouverneur vorgeführt. Der zuständige Polizeioffizier erklärte, daß er auf Grund der von ihm durchschauten finsteren Absichten dieser Menschen beantrage, sie in Schutzhaft zu nehmen. Daraufhin sagte der Distriktgouverneur: ein Jahr. Damit war die Sache erledigt. Die Verurteilten kamen überhaupt nicht zu Wort, sondern wurden sofort nach Akko überführt.

In solcher Weise rächte sich die Administration für ihre maßlose Unfähigkeit, die wahren Täter zu fassen und die Verbrechen im Lande auszurotten, an unschuldigen Menschen. Sollte jedoch der Administration vorgeschwebt haben, mit Verfolgungen und Verhaftungen der revisionistischen Führer die nationale Bewegung zu vernichten, so kann gesagt werden, daß sie *ganz sicher das Gegenteil* erreicht hat. Die brutalen und ungerechtfertigten Verfolgungen der Partei, die in ihrer Legalität auf das Mandat und die Balfour-Deklaration aufgebaut ist, wird sich zu einer großen Stärkung der nationalen Bewegung auswirken. Die Sympathie und Teilnahme der breiten Bevölkerungsschichten des Jischuw, sowie der durch solche Akte geweckte Opfersinn der nationalen Jugend wird der Administration beweisen, daß sie durch solche Verfolgungen erst die Kraft schafft, die sie vernichten wird.

★

Die Tatsache, daß der Jischuw bei den blutigen Ereignissen der letzten Wochen die berühmte Hawlaga nicht eingehalten hat und die große Gefahr besteht, daß diese ganze wiedernatürliche Ideologie mit allen ihren Verfechtern hinweggefegt wird, gibt dem „Davar" Veranlassung, eine verzweifelte Attacke gegen die „Provokateure" zu reiten und durch niederträchtige Denunziationen und Drohungen diese Entwicklung einzuhalten. Der Leitartikel vom 5. September enthält folgenden Passus:

> „... Man muß die Verantwortung für das Blut der ermordeten Araber feststellen. Hier genügt keine Wendung zur Regierung und es reicht nicht aus, wenn die jüdische Oeffentlichkeit ihren Abscheu ausspricht. Diese Fälle, die sich täglich mehren, können nicht nur den Charakter der Unruhen im Lande verfälschen, sondern auch eine neue Katastrophe herbeiführen ... Die Presse und die öffentliche Meinung und die Institutionen *sind verpflichtet, alle Mittel zu ergreifen, die ihnen zur Verfügung stehen, um diese abscheulichen und gefährlichen Verbrechen auszurotten.* Jede selbständige Tat, jedes Richten auf eigene Faust — durch wen und wofür auch — ist eine Angelegenheit *verantwortungslosen Holiganismus,* die der disziplinierte Jischuw ausrotten muß, damit diese gefährliche Pestbeute entfernt wird."

Dachdem so die offene Aufforderung zum Denunziantentum erfolgt ist, kommt Herr Tschertok in einer Massenversammlung mit einem Appell für Hawlaga und einer deutlichen Drohung wieder. Herr Tschertok, durch seine Feigheit und seinen Dilettantismus von der Kgl. Kommission unsterblich geworden, wagt da zu sagen:

> „... Es sei offen herausgesagt, daß, wenn wir im Jischuw nicht zu einer einheitlichen Meinung in bezug auf Reaktion auf die verabscheuungswürdigen Morde kommen (Hawlaga), dann *wird es Krieg im Jischuw geben!...*"

Das ist ihr System: Den Engländern gegenüber — Untertänigkeit und Verzicht, den Arabern gegenüber — Hawlaga und Klassensolidarität. Der nationalen Bewegung gegenüber jedoch — Kampf und Denunziation. Und an diesem System werden sie zerbrechen.

★

Die Lage der Gefangenen in Akko wird immer unerträglicher. Obzwar bekanntlich Schutzhaft die politischen Gefangenen unter besondere Bedingungen stellt, ist die Behandlung der revisionistischen Gefangenen eher schlimmer als die der normalen Verbrecher. Dichtgedrängt in enge Zellen gepfercht, bei der sengenden Glut ohne Luft-

zug, den Bedürfniseimer in der Zelle, so sollen europäische Menschen ihre Tage verbringen. Nachts wird auf harten Matten geschlafen, voll Unrat und Ungeziefer. Lesen ist nicht erlaubt. Das asiatische Essen ist ungenießbar und die Gemeinde von Haifa erklärt, sie habe nicht die Mittel, um die revisionistischen Gefangenen zu verpflegen.

Wie anders wurden da die arabischen Hetzer und Verbrecher behandelt, die während der Unruhen im vorigen Jahr in Schutzhaft genommen waren. Was war da für ein Komfort! Ein großes Lager, in dem sich alle den ganzen Tag frei bewegen konnten, Betten zum Uebernachten, Bücher und Zeitungen zum Lesen, Besuche konnten empfangen werden u. s. f. Und das bei Arabern, die gewiß ihren Anteil an Mord und Raub an Juden und Engländern hatten. Bei offenbar unschuldigen Juden kann man sich alles erlauben. Man weiß ja, daß man in diesem Falle nichts zu befürchten braucht, denn es handelt sich ja nur um Revisionisten ...

★

Am Kotel Maariwi ertönte wiederum am Jom Kippur, dem „Tag des Gerichts", zu Neila der helle Ruf des Schofar. Als die Dämmerung über die Schar der Betenden an der heiligen Mauer hereinbrach, die ersten Sterne am Himmel sich zeigten, und die Stelle im Gebet den Schofarruf anzeigte, da erfüllte dieses religiöse und nationale Gebot ein Betari. Dabei hat sich das große Aufgebot der Polizei redlich Mühe gegeben, diese traditionelle Handlung als ungesetzlich zu verhindern. Man scheute nicht vor strengen Kontrollen und Durchsuchungen zurück, da man ja von den vorigen Malen Bescheid wußte. Es hat nicht geholfen. Zu gegebener Zeit, genau auf die Minute, hallte der Ruf des Schofar zum Himmel empor, ein Gebot des jüdischen Gottes und der jüdischen Ehre, das stärker ist als administrative Verfügungen.

Das vorige Mal hat man einen Betari verhaftet und dieses „Verbrechens" wegen zu einem halben Jahr Zwangsarbeit verurteilt. Man wollte ein Exempel statuieren, das ein für allemal der Abschreckung dient. Naive Engländer! Sie kennen Betarim nicht und glauben, das ganze Volk nach der demoralisierten Führerschicht des offiziellen Zionismus beurteilen zu können, die man nach Belieben biegen und brechen kann. Nein!

Wieder wird ein Betari aufrecht ins Gefängnis gehen, ein halbes Jahr, ein Jahr, wer weiß? Es wird vielleicht gelingen, seinen Körper zu zerbrechen, seinen Stolz niemals. Und das nächste Jahr um die gleiche Zeit wird trotz allem der unbekannte Betari wieder in den Schofar stoßen und so die Tradition der jüdischen Ehre fortsetzen.

Palästinensisches Zeit-Theater in Warschau

Warschau. Unter der Leitung von Theaterfachleuten aus Palästina wurde in Warschau eine „Nationale jüdische Bühne" gegründet. Als Erstaufführung brachte das Theater ein von Aron Zeitlin übersetztes Stück von Schulamit Bat Dori, in dem das jüdisch-arabische Problem in eigenartiger Weise dramatisch behandelt wird. Es ist bemerkenswert, daß hier zum ersten Mal ein in hebräischer Sprache geschriebenes palästinensisches Theaterstück in jiddischer Sprache aufgeführt wird und damit die gegenseitige Befruchtung des jüdischen Theaters Palästinas und der Diaspora, die sich bisher nur in der Aufnahme von Stücken der jiddischen Bühne in das Repertoire des palästinensischen Theaters gezeigt hat, nun auch in umgekehrter Richtung zum Ausdruck kommt. Das Stück trägt den Titel „Gericht" und spielt in einer jüdischen Siedlung während der Unruhen. Der naturalistischen Einleitung, die auch den Zuschauerraum in das Geschehen einbezieht, folgt eine mystische Gerichtsszene, in der über drei Tote, die leibhaftig auf die Bühne gestellt werden, einen Araber, einen Engländer und einen gefallenen Chaluz, das Urteil gesprochen wird. In allen drei Fällen gelangt das Gericht zu einem Freispruch, bei dem Araber, weil er unter dem Zwang von religiösem Fanatismus, bei dem Engländer, weil er im Rausch, bei dem Juden, weil er im Fieber getötet hat. Das Stück klingt in die Forderung nach friedlichem Zusammenleben von Juden und Arabern aus.

Die Kritik weist darauf hin, daß hier zum ersten Mal für die jüdische Bühne völlig neuartige Kunstmittel verwendet worden sind. Die Regie führte Friedrich Lindberg vom Züricher Stadttheater, der früher an Bühnen in Deutschland tätig war. Es ist vorgesehen, daß eine der nächsten Aufführungen der „Nationalen jüdischen Bühne" unter der Regie Leopold Jeßners stattfinden wird.

Kurz berichtet

Die Juden bilden 29,3 % der Bevölkerung Palästinas

Jerusalem. Nach amtlicher Schätzung betrug die Bevölkerungszahl Palästinas Ende Juni 1937 1 316 767. Die Nomaden und Angehörigen der Armee sind hierbei nicht miteingerechnet. Die Zahl der Gesamtbevölkerung ist somit seit Ende März um 624 gestiegen. Daß diese Zahl so klein ist, ist darauf zurückzuführen, daß Ende Juni zahlreiche Touristen außerhalb des Landes weilten.

Die natürliche Vermehrung der Bevölkerung im zweiten Vierteljahr 1937 betrug 6046; es wurden 12 416 Geburten und 6370 Todesfälle verzeichnet. Der Verlust durch — zum größten Teil saisonbedingte — Ausreise betrug 5422.

Die Gesamtbevölkerung am 30. Juni setzte sich aus 809 394 Mohammedanern (61,5 % der Gesamtbevölkerung), 386 084 (29,3 %) Juden, 109 769 (8,3 %) Christen und 11 520 sonstigen Personen zusammen.

Die durch Nordpalästina führende zweite Hochspannungsleitung von dem Ruthenberg-Werk in Naharaim und Tel Aviv ist fertiggestellt worden. Die Leitung hat eine Länge von 110 km. Mit der Arbeit wurde vor dem Ausbruch der Unruhen im März 1936 begonnen, sie wurde trotz der im Lande herrschenden Unsicherheit nicht unterbrochen. Sie stellt eine bedeutende technische Leistung dar, die an Ingenieure und Arbeiter hohe Anforderungen gestellt hat.

Regierungskredite für jüdische Siedlungen

Die Siedlungen Kirjat Anawim und Ramat Rachel haben von der Regierung die ersten Beträge von dem Darlehen bekommen, das durch den Hilfsfonds für Bauern im Berggebiet zum Ausbau der Pflanzungen gewährt wird. Das Darlehen wird gegen gemeinsame Bürgschaft der beiden Siedlungen erteilt und ist im Verlauf von acht Jahren zurückzuzahlen. Es heißt, daß die Regierung auch an einzelne Fellachen Darlehen gegen eine 8 %ige Verzinsung auszahlt.

Ausbau des Hafens von Tel Aviv

Tel Aviv. Auf Einladung des Direktors der Regierungsabteilung für das Zollwesen haben sich der Bürgermeister von Tel Aviv, Israel Rokach, und der Direktor des Tel Aviver Hafens nach Haifa begeben, um die für den Personenverkehr bestimmten Einrichtungen des dortigen Hafens zu studieren und die hierfür angelegten Bauten zu besichtigen. Im Hafen von Tel Aviv sollen Gebäude für den Personenverkehr nach dem Muster derjenigen von Haifa errichtet werden.

Die Handelsminister von Italien, Brasilien und Belgien besuchen den Palästinapavillon auf der Levantemesse in Bari

Rom. Der Palästinapavillon auf der Internationalen Levantemesse in Bari, der vor einiger Zeit in Anwesenheit des Kronprinzen Umberto eröffnet worden ist, wurde von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten aus Italien und dem Ausland besucht. U. a. hat bald nach der Eröffnung der italienische Handelsminister Lancini den Pavillon besichtigt. Später wurde die Palästinaausstellung auch von den Handelsministern Brasiliens und Belgiens besucht. Besonderes Interesse weckten die Erzeugnisse der palästinensischen Textilindustrie und die Produkte der Weinkellereien von Rischon le Zion. Als Vertreter des palästinensischen Industriellenverbandes gab Dr. Jakir Behar den Gästen eingehende Aufklärungen über die Einrichtungen, die bisherige Entwicklung und Leistungsfähigkeit und die künftigen Aussichten der Industrie Palästinas.

Die Palästinaregierung hat für die landwirtschaftliche Erschließung des Berglandes einen Vorschuß von 30 000 Pfund bewilligt. Davon erhalten die jüdischen Siedlungen bei Jerusalem 600 Pfund.

Autobus-Verkehr auf der neuen Straße Tel Aviv—Haifa aufgenommen

Die Autobuskooperativ-Genossenschaft „Egged" hat den Verkehr auf der neuen Chaussee Tel Aviv—Haifa aufgenommen. Die Fahrtzeit wird dadurch um eine Stunde verkürzt. Die neue Straße verläuft durch rein jüdisches Gebiet.

Mißglückter Bomben-Anschlag gegen Synagoge in Jerusalem

In eine Synagoge in der Altstadt von Jerusalem ist am Dienstag eine Bombe geschleudert worden. Schaden wurde nicht angerichtet. Es handelte sich nicht um einen fabrikmäßig hergestellten Sprengkörper.

Der Sekretär des Obersten Arabischen Komitees, Subhi Bey el Kahadra, der nach der Haussuchung verhaftet worden war, die in den Büros des Obersten Arabischen Komitees durchgeführt wurde, ist freigelassen worden. Der Generalstaatsanwaltschaft war es nicht gelungen, Beweismaterial gegen ihn zusammenzubringen.

Verstärkung der Polizei und der Truppen in Palästina

In den nächsten Tagen erwartet man das Eintreffen von 300 neuen britischen Polizisten in Palästina, von denen 150 der Gendarmerie eingegliedert und die anderen 150 auf eine Reihe von Kolonien und Dörfern aufgeteilt werden sollen.

Vor einigen Tagen sind in Jerusalem aus Aegypten 350 britische Soldaten eingetroffen; sie wurden in Nablus stationiert.

Entschädigung auch für Vermögens-Verluste bei den Palästina-Unruhen

Wie im palästinensischen Amtsblatt bekanntgegeben wird, sollen außer den Hinterbliebenen der bei den Palästina-Unruhen Getöteten und den Angehörigen der Schwerverwundeten auch solchen Personen im Gnadenweg Entschädigungen gewährt werden, die unschuldigerweise Verluste an Eigentum erlitten haben. Entschädigungsgesuche sind bis Ende Oktober einzureichen.

Postanschlüsse nach Palästina v. 24. 9. bis 1. 10. 1937

Die Sendungen müssen bis zu den angegebenen Zeiten bei den Postschlußämtern vorliegen, in Berlin beim Postamt C 2, in München beim Bahnpostamt 1 oder 2 (Flughafen).

A. Schiffs- und Bahnpost

Postschluß in:

Berlin	München	Leitweg	An Haifa
24. 9., 17.30 Uhr	25. 9., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	29. 9.
26. 9., 16.00 Uhr	27. 9., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	1. 10.
28. 9., 17.30 Uhr	29. 9., 9.30 Uhr	Brindisi (Schiff 30. 9.)	4. 10.
29. 9., 17.30 Uhr	30. 9., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	5. 10.
1. 10., 17.30 Uhr	2. 10., 9.00 Uhr	Belgrad (Bahn)	6. 10.

B. Luftpost

Berlin	München	Leitweg	An Haifa
25. 9., 3.00 Uhr		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
25. 9., 9.00 Uhr	25. 9., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
27. 9., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
29. 9., 3.00 Uhr		Halle/Leipzig-Athen-Ludd	ca. 2½ Tage
29. 9., 9.00 Uhr	29. 9., 18.00 Uhr	Brindisi-Athen-Gaza	ca. 3 Tage
1. 10., 6.00 Uhr		Athen-Ludd	ca. 2¼ Tage

Aus dem arabischen Lager

Strafweise Besetzung eines Araber-Dorfes durch Polizei

Jerusalem. In das arabische Dorf Faradsch wurde strafweise eine Polizeibesatzung gelegt, die von dem Dorf erhalten werden muß, weil die Einwohner versucht hatten, verhaftete Araber gewaltsam zu befreien.

Palästinensisch-arabische Abordnung beim rumänischen Patriarchen

Bukarest. Der Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche Rumäniens, Miron Cristea, hat die Abordnung der christlich-palästinensischen Araber, die gegenwärtig eine Propagandareise durch die Balkanländer unternimmt, empfangen. Die Abordnung, der der Sekretär der Mufti-Partei, Emil Ghory, und der Jerusalemer orthodoxe Priester Nikolaus Hauri angehören, sucht die Unterstützung der griechisch-orthodoxen Kirche, unter deren Aufsicht viele heiligen Stätten in Palästina stehen, für den Kampf gegen den Teilungsplan zu gewinnen.

Die Abordnung hat der Bukarester judenfeindlichen Presse eine Erklärung übergeben, in der behauptet wird, daß die Moral der jüdischen Einwanderer die religiösen Gefühle der Araber verletze. Ein jüdischer Staat werde nie bestehen. Sollte man ihn den palästinensischen Arabern gegen ihren Willen aufzwingen, so möge man daran denken, daß die Geschichte sich wiederholt. Auch die Kreuzfahrer hätten einen christlichen Staat an den arabischen Gestaden errichtet, aber im Laufe eines Jahrhunderts sei dieser Staat von den Arabern hinweggefegt worden. Zum Schluß wird die christliche Bevölkerung Rumäniens aufgefordert, sich für Palästina zu interessieren und die Vernichtung des Heiligen Landes durch die Juden zu verhindern.

Ein Vertreter der arabischen Nationalisten, Emil Mourace, hat sich als Hörer an der Bukarester Universität einschreiben lassen, die bekanntlich eine Hochburg der judenfeindlichen Propaganda ist, um dauernd in Rumänien zu bleiben und die Interessen der palästinensischen Araber zu wahren.

Abordnung der palästinensischen Araber in der Türkei eingetroffen

Der Sekretär der palästinensisch-arabischen Partei (Mufti-Partei), Emil A. Ghory, und der Jerusalemer orthodoxe Pope, Pater Hauri, die zugunsten der palästinensischen Araber eine Propaganda-Tournee durch die Balkanländer unternehmen, sind in Istambul eingetroffen. Sie beabsichtigen, außer der Türkei noch Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien zu besuchen, wo sie die öffentliche Meinung für die drei Hauptforderungen der palästinensischen Araber: Verbot der jüdischen Einwanderung und des Verkaufs von Boden an Juden und Einsetzung einer arabischen Nationalregierung gewinnen wollen. Ghory erklärte Vertretern der Presse, die christlichen und mohammedanischen Araber Palästinas seien einig in diesen Forderungen und davon überzeugt, daß die ganze arabische und mohammedanische Welt hinter ihnen steht. Er fügte hinzu, die palästinensischen Araber seien weder Faschisten noch Kommunisten. Welche Regierungsform in Palästina eingeführt werden soll, werde durch Volksabstimmung entschieden werden. Zum Schluß sagte Ghory, die palästinensischen Araber seien keine Judenhasser, stünden aber auch nicht auf der Seite der Juden.

Abkommen zwischen Ibn Saud und Emir Abdulla über Akaba?

Jerusalem. Die Tageszeitung „Felestin" bringt die aufsehenerregende Meldung, daß der jahrelange Streit zwischen König Ibn Saud und Emir Abdulla über die Hafenstadt Akaba beendet worden sei. König Ibn Saud habe seine Ansprüche auf Akaba gegen jährliche Zahlung von 5000 Pfund aufgegeben. Damit sei ein den Frieden im Nahen Osten gefährdender Konflikt beigelegt worden.

Die arabische Zeitung behauptet, die Meldung stamme aus zuverlässiger Quelle. Sie fügt hinzu, daß nunmehr der Kandidatur des Königs Ibn Saud für das Kalifat kein wesentliches Hindernis mehr im Wege stehe.

Aus Amman wird dem Blatte berichtet, daß mehrere transjordanische Araber, die an der Panarabischen Konferenz in Bloudan teilgenommen haben, nach ihrer Rückkehr verhaftet und nach Akaba verbannt worden seien.

Der Terror gegen gemäßigte Araber

Der Bürgermeister von Haifa, Hassan Schukri, hat seine Arbeiten in der Stadtverwaltung unerwarteterweise unterbrochen und einen längeren Auslandsurlaub angetreten. Mit ihm ist auch seine Gattin, eine Schwester des vor zehn Monaten von Terroristen erschossenen Ibrahim Bey Chalil, abgereist. Da Bürgermeister Schukri erst vor zwei Wochen von einer Auslandsreise zurückgekehrt ist, glaubt man, daß der verstärkte Terror der radikalen nationalistischen Elemente ihn gezwungen hat, das Land zu verlassen, da bereits wiederholt Attentatsversuche gegen ihn unternommen worden sind.

Der in der Nähe von Haifa wohnende Scheich Mahmud el Chatif, der in der letzten Zeit wiederholt Drohbriefe von der „Schwarzen Hand" erhalten hat, ist nach Syrien geflüchtet. In Blad il Scheich bei Haifa werden in letzter Zeit immer wieder auf die Einwohner Ueberfälle bewaffneter Banden unternommen, die Geld erpressen wollen.

Weltkongreß für jüdische Kultur

Paris. In Anwesenheit von fast hundert Delegierten aus zwanzig Ländern und etwa 5000 Gästen wurde in Paris der erste Weltkongreß für jüdische Kultur eröffnet. An dem Kongreß nehmen Schriftsteller und Kulturarbeiter aus den osteuropäischen Ländern, ferner aus England, Frankreich, Belgien, Oesterreich, der Tschechoslowakei, der Schweiz und Italien, sowie aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Kuba, Brasilien, Argentinien, Südafrika und Palästina teil. Der amerikanischen Delegation gehören auch die Schriftsteller Opatoschu und Leiwik an.

In der Eröffnungssitzung sprachen u. a. der Direktor der Perez-Schule in Winnipeg, Tcherniak, der Londoner Kunstkritiker Leo König, der Pariser Schriftssteller Ben Adir, Chefredakteur Benno Katz aus Buenos Aires, der Chefredakteur der Warschauer „Literarischen Blätter" Nachman Meisel und der Schriftsteller Daniel Tscharny.

Vertretern der Presse erklärten Mitglieder der amerikanischen Delegation, daß sie den jüdischen Kulturkongreß als eine Kundgebung der jüdischen schöpferischen Kräfte betrachten. Jiddisch und die jiddische Kultur hätten für die Juden dieselbe Bedeutung wie für andere Völker ein Territorium. Aufgabe des Kongresses sei es, die Arbeit der Czernowitzer Konferenz für jiddische Kultur fortzusetzen, die seinerzeit von Perez einberufen worden war und der Kulturbewegung einen gewaltigen Aufstieg verliehen hat.

Militarismus / Von Wladimir Jabotinsky

„Militarismus“ ist ein häßliches Wort, aber ich glaube, daß man von erwachsenen Menschen erwarten kann, daß sie vor dem Klang des Wortes nicht zurückschrecken und jeden Begriff analysieren, um zu erkennen, was in ihm gut oder was schlecht ist. Schlecht ist ein Krieg, dem unschuldige junge Seelen zum Opfer fallen — in diesem Punkt herrscht vollkommene Uebereinstimmung und es ist zu hoffen, daß eine Zeit kommen wird, da das genau so unmöglich ist, wie es heute beispielsweise in jedem zivilisierten Lande nicht möglich ist, Menschenfleisch zu essen oder Angeklagte mit physischer Marter zu peinigen, wie es vor der französischen Revolution üblich war. Aber ist das wirklich der ganze und einzige Inhalt eines Armeelebens?

Wäre dem so, dann müßte die Menschheit und vor allem doch die liberale Menschheit all das ablehnen, was an das Armeeleben erinnert. Aber es ist sonderbar, selbst die überzeugtesten und radikalsten Pazifisten bedienen sich auf Schritt und Tritt einer ausgesprochenen militärischen Phraseologie. Denken wir an die „Heilsarmee“, die von der Gesellschaft ausgestoßenen unglücklichen Männern und Frauen viel Gutes tut und sich „Armee“ nennt und „Lieutnants“ und „Majore“ hat und in den Straßen regimentsmäßig aufmarschiert. Jede fortschrittliche Bewegung spricht immer wieder von der „Front“ und „Schützengraben“ und hält „Wache“, natürlich stets im geistigen Sinne. Letzten Endes aber dennoch mit der militärischen Phraseologie. Das ist ja ein Beweis, daß im Armeeleben nicht alles häßlich und verhaßt zu sein braucht. Man bedient sich im gewöhnlichen Leben nicht eines Lexikons von Schlacht- und Schandhäusern, weil dort wirklich alles häßlich ist, und man würde sich schämen, an solche Dinge auch nur rhetorisch zu erinnern, wenn man von einem idealen Streben spricht. Jede ideale Bestrebung aber leitet zum mindesten die Hälfte ihrer technischen Nomenklatur und dreiviertel ihrer Agitationsrhetorik aus dem Wortschatz gerade des Armeelebens her, Anscheinend ist doch hier alles gar nicht so gefährlich, denn es ist wahr, daß nur der Krieg an sich häßlich ist. Das Armeeleben an und für sich besitzt eine Fülle schöner Seiten, nach denen wir uns im normalen Leben sehnen, ohne sie leider verwirklichen zu können. Das ist erstens die „Gemeinsamkeit“ des Soldatenlebens. Seine spartanische Einfachheit und die Gleichheit zwischen arm und reich, zweitens das hygienische Moment, die freie Luft und die körperliche Betätigung, drittens die soldatische Disziplin selbst. Aber auf diesen Punkt müssen wir länger eingehen. Wir predigen oft Gedanken, an die zu glauben wir schon längst aufgehört haben. Fragt man z. B. einen Durchschnittsjuden über sein Verhältnis zur soldatischen Disziplin, so wird er antworten: „Pfui, aus Menschen werden Maschinen gemacht“. In Wirklichkeit aber ist er selbst begeistert, wenn er eine Masse von Menschen sieht, die das Talent besitzt, sich wie der Teil einer einheitlichen Maschine zu bewegen. Ich habe oft ein Kapitel aus den Erinnerungen Masaryks zitiert (ich weiß selbst nicht mehr, wann und wo ich das gelesen habe) aber das Kapitel verdient nochmals ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden. Ich meine die erste Demonstration der tschechischen Jugendbewegung „Sokol“, die Masaryk in Prag miterlebte, als er noch ein junger Mann war. Einige tausend Jungen und Mädel standen auf dem großen Prager Ringplatz im gleichen Abstand voneinander, wie Schachfiguren aufgestellt, alle in gleicher Kleidung, wie aus Stein. Dann ließ der Führer einen Pfiff ertönen und plötzlich streckten all die tausenden Jungen und Mädel den linken Arm und den rechten Fuß vor. Nichts weiter. Aber sie taten das alle zugleich wie ein „Mann“, wie eine „Maschine“ und Masaryk sagt, daß er nie zuvor einen erschütternderen Eindruck von nationaler Einigkeit und der Macht nationaler Einigkeit empfangen habe wie in jenem Augenblick, da er feststellte, daß sein Volk jene Stufe erreicht hatte, um im gleichen Augenblick eine gleiche Bewegung ausführen zu können.

Es ist ja eine bekannte Sache, man kann den eingefleischtesten Assimilanten mit national-jüdischer Begeisterung geradezu hypnotisieren „für einen Moment wenigstens“, wenn man ein einfaches Mittel ausprobiert: Man nehme ein paar hundert jüdische Jungen, stecke sie in eine einheitliche Uniform und lasse sie an ihm vorbeimarschieren, aber so gut marschieren, daß jeder Schritt wie ein einziger Donnerschlag ertönt — „wie eine Maschine“. Es gibt in der Tat nichts auf der Welt, was uns alle mehr interessieren könnte als diese Fähigkeit einer Masse, sich im bestimmten Augenblick als eine Einheit zu fühlen und nach einem Willen und in einem einzigen Rhythmus zu handeln, denn darin besteht ja der Unterschied zwischen dem Begriff „Masse“ und „Nation“.

Damit möchte ich nicht gesagt haben, daß der russische Zar Nicolai I., in dessen Armee auf dem Exerzierplatz buchstäblich nicht geatmet werden durfte, aus seinen Soldaten eine höhere Kategorie von Menschen geschaffen hat. Was ich gesagt habe, bezieht sich nicht so sehr auf Zwangsorganisationen (z. B. wirkliche Regimenter) wie auf freiwillige — z. B. jenen Tschechen-Sokol, oder überhaupt Sportorganisationen, die man einfach verlassen kann wenn man will. Es ist etwas anderes, ob man Menschen zwingt, Teil einer Maschine zu sein, ob er will oder nicht, unter Androhung von Schläge oder Gefängnis, — oder ob es sich um einen geistigen Zustand handelt, wenn ein Mensch, der von niemandem gezwungen wird, sich selbst zwingt, stehen, gehen und handeln zu lernen, wie der Teil eines planmäßigen Medianismus. Es ist der alte Unterschied zwischen Zucht und Selbstzucht. Die eine mag selbst mit wilden Tieren glücken, die andere wird jedoch nur in einer höchst entwickelten kulturellen Atmosphäre verwirklicht werden können.

Noch etwas gibt es, worauf wir in der militärischen Disziplin gewohnheitsmäßig „Pfui“ zu sagen pflegen, wovon wir aber wissen, daß es wichtig ist. Es ist das Zeremonielle, die klaren und genauen Vorschriften darüber, wie man zu stehen, wie man zu gehen hat, wie man mit einem Freund, mit einem Vorgesetzten redet. Wir Juden leben in Formlosigkeit. Das alte Ghetto hatte ja sein gesellschaftliches Zeremoniell, wenn es auch ein eigenartiges war, doch wir haben dieses aufgegeben und kein neues hinzugelernt. Der durchschnittliche Jude verfügt über eine nicht besondere Schönheit im Gehen, in der Kleidung, im Essen, im Umgang mit Menschen. Das zeigt sich besonders, wenn er mit so etwas wie einer Hierarchie zu rechnen hat, z. B., wenn er mit einem hohen Herrn, oder gar mit einem jüdischen „Gwir“ spricht: Er muß ihm doch einen besonderen „Kowet“ zuteil werden lassen. Aber er weiß nicht, wie man das macht, ohne seine eigene Würde zu verlieren — und das Resultat ist, daß es einmal wie „Chuzpe“ und ein andermal wie „Kriecherei“ aussieht. Aber die Formlosigkeit, der Mangel an einem festgesetzten Zeremoniell, macht sich auch auf anderen Gebieten, sogar rein geistigen bemerkbar. Man höre einem alten Maggid in der Schul zu: Er ist klug wie zehn Philosophen, aber einen Gedanken ruhig bis zu Ende entwickeln, das kann er nicht, er springt von einem zum dritten und das schlimmste dabei ist, daß das gerade seinen Zuhörern gefällt. Sie haben den Sinn verloren für Ordnung, Regelmäßigkeit, Anfang, Mitte und Schluß. Für das Folgen des einen auf das andere — wie eine Abteilung beim Marschieren.

Ich schreibe das des Betar wegen. Nicht alle Einheiten dieser Jugendorganisation tragen denselben Charakter. In einigen Ländern ist der „militärische“ Zug ihrer Erziehung ausgeprägter, in anderen weniger. Aber sie schämen sich nicht damit, daß es ihr Ziel (mindestens eines der wichtigsten ihrer Ziele) ist, diesen Geist überall in ihrer Erziehung einzupflanzen, in der jungen jüdischen Seele sowohl die Fähigkeit zu verwurzeln, in kollektiven Angelegenheiten wie der Teil einer einzigen Massenmaschine zu handeln, als auch die Achtung vor der gesellschaftlichen Form, dem Zeremoniell. Alle Völker haben das nötig und nur ein Blinder könnte nicht sehen, daß unter allen Völkern auf der weiten Erde uns Juden das am meisten fehlt. Natürlich kann das nicht im Sprung erreicht werden. So etwas kann natürlich am Anfang besonders zu Uebertreibungen führen. Der Kult physischer Bereitschaft kann manchmal die leichtsinnige Bereitwilligkeit mit sich bringen, die Hände dort in Aktion treten zu lassen, wo weder eine Notwendigkeit noch Berechtigung vorliegt. Der Kult des Zeremoniells kann in der ersten Zeit eine Tendenz zu überflüssigem Stolzieren mit allerlei Uniformen erzeugen. Das kann manchmal unangenehm sein, aber man beurteilt eine ganze Erscheinung nicht nach ihren Jugendirrtümern. Selbst die Haskala-Bewegung hat einst in sehr unangenehmen Seitensprüngen ihren Ausdruck gefunden. So pflegten unsere Großväter zu erzählen, wie sie in ihrer grünen Jugend am Jom-Kippur Liederabende veranstaltet hätten, zum Entsetzen ihrer Großväter. Aber die Haskala-Bewegung hat dennoch das aus uns gemacht, was wir sind — modern ausgebildete Menschen, mit der Fähigkeit eine Nation zu schaffen.

Geduld muß man haben, besonders, wenn es sich um Jugend handelt. Vor lateinischen Worten zurückzuschrecken ist nicht angebracht, sogar wenn dieses Wort „Militarismus“ heißt. Kriegsgegnerschaft ist unseres Volkes geistiges Erbe: Unsere Propheten haben alle erst gegen den Massenmord protestiert. Wir stehen alle darin zu ihrer Lehre und keiner denkt daran, in uns eine Generation zu schaffen, die den Krieg lieben soll, aber an jener Erziehung, die von einem böswilligen Gegner sehr leicht mit dem häßlichen Namen Militarismus verschrieen werden kann, gibt es etliche Seiten, die angetan sind, uns eine bessere und gesündere Generation erstehen zu lassen. Und das ist die Hauptsache.

Keren Hamenorah

Zentralbüro Berlin W 50, Tauentzienstr. 7, Postscheckkonto: Berlin Nr. 156712.

Der Keren Hamenorah sucht ehrenamtliche Mitarbeiter an allen Orten Deutschlands. Meldungen werden an das Zentralbüro erbeten.

Der KEREN HAMENORAH dient der kulturellen und beruflichen Ausbildung der jüdischen Jugend. Erwirb darum auch Du die Büchse des KEREN HAMENORAH. Nähere Auskunft erteilt gern das Zentralbüro des KEREN HAMENORAH, Berlin W 50, Tauentzienstr. 7.







